

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsr (Werkbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stantigt, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg: St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergespaltene Beilage ober deren Raum 80 A.
Zeitungs-Preisliste Nr. 3124.

An die Mitglieder des Maurer-Verbandes!

Kollegen! Gedenket der kämpfenden Brüder und agitirt unablässig für die weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes. Jedes Mitglied muß Agitator sein; auch darf sich Niemand von den Sammlungen zum Streikfonds ausschließen. Die Zeitverhältnisse erfordern hohe Leistungen und das Zusammenwirken aller Kräfte. Nach den Streikorten ist der Zuzug fern zu halten. Wenn irgendwo Maurer nach einem Streikorte gesucht werden, dann ist uns und auch den Kollegen an den betreffenden Streikorten sofort davon Mittheilung zu machen. Ist an einem Orte Nachfrage nach Maurern vorhanden, dann ist uns das ebenfalls bekannt zu geben, damit wir Kollegen aus Streikorten hinfenden können.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

Inhalt: Baukontrolle durch Arbeiter. — Aus dem Reichstage. — Die Meister. — Maurerbewegung: Streiks, Ausscherrungen, Maßregelungen. Die Lohnkasseln. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submittionen zc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Verband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

Baukontrolle durch Arbeiter.

Die „Baugewerks-Zeitung“ hat in ihrer Nr. 31 ihre von uns bereits beleuchtete Kritik, betreffend die dem preussischen Abgeordnetenhaus vorliegende Petition auf Einführung einer Baukontrolle durch Arbeiter, noch etwas vervollständigt. Sie antwortet auf die Frage: „Ob Arbeiter und Gesellen zur Ausübung einer wirksamen und verständigen Baukontrolle sachlich qualifizirt sind“ mit einem runden „Nein“. Und diese Antwort versucht sie zu begründen wie folgt:

„Denn es geht ihnen das für die Kontrolle unbedingt erforderliche Maß von technischer Durchbildung ab, und es fehlt ihnen daher auch die auf umfassenden theoretischen und praktischen Kenntnissen beruhende Urtheilskraft sowohl über die Ursachen und schädlichen Wirkungen von Verfehlungen gegen die Regeln der Baukunst, als auch über die Schwere und die Bedeutung solcher Verfehle. Wenn zur richtigen Beurtheilung darüber, ob ein Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Baukunst vorliegt und welchem Umfange dieser Verstoß ist, die auf der Baustelle erlernten Handgriffe und allein praktische Kenntnisse genügen, dann hätte sich eine große Zahl von Unglücksfällen nicht ereignet. Wir sehen hierbei von jenen leider sehr zahlreichen Fällen ab, bei denen das Unglück entstanden ist durch die absolute Unkenntnis des Bauenden in allen praktischen und technischen Fragen dadurch, daß dieser gar nichts von Bauen verstand, weil er es eben nicht erlernt hatte. Solchem Unthunigen kann man schließlich nicht einmal einen Vorwurf wegen seiner Fehler machen, denn wie soll er sie vermeiden, wenn er sie nicht kennt? Wir wollen hier nur an jene Baunfälle, insbesondere Baueinbauten, denken, die sich auf den Bauten von solchen Unternehmern zugetragen haben, die bis her als Arbeiter zu dem Gewerbe in Beziehung gestanden haben und plötzlich den Drang in sich spürten, als „Baumeister“ aufzutreten. Die zahlreichen Unglücksfälle bei dieser Kategorie von Unternehmern beweisen aber, daß zur erfolgreichen Ausübung des Baugewerbes nicht die mehr oder minder gefächte Führung der Stelle ausreicht, sondern daß dazu auch noch andere Kenntnisse, wie der Baukonstruktionslehre, Festigkeitslehre, Materialkunde zc. zc. unumgänglich notwendig sind. Man lege also die auf ähnlichen Voraussetzungen ruhende Baukontrolle, sofern man durch sie der Unfallgefahr zu wehren glaubt, in die Hände von praktisch und technisch gebildeten Personen, die mit den ständigen Fortschritten auf dem Gebiete des Bauwesens vertraut sind; und die sich bei der Ausübung ihrer verantwortungsvollen Pflichten nicht von dem Einfluß verworrener Parteilebensenschaften leiten lassen.“

Wir dürfen es wohl als eine demagogische Unverschämtheit sondergleichen bezeichnen, daß das

Zünftlerorgan den Arbeitern resp. Gesellen des Baugewerbes die Fähigkeit zur Ausübung der Baukontrolle abspricht. Um das ganze Unmaß dieser Unverschämtheit zu ermessen, ist auf die Thatsache zu verweisen, daß die Arbeiter resp. Gesellen des Baugewerbes schon durch ihre stete berufliche Thätigkeit unter Gefahren aller Art sich alle die Eigenschaften, welche eine gute Unfallverhütungs-Praxis erfordert, in außerordentlich viel höherem Maße eignen, als die sogenannten „Meister“ dazu im Stande sind. Der Arbeiter, der Geselle in erster Linie macht tagtäglich die Erfahrung, in welcher Weise ein Schutz für ihn am besten zu schaffen; gerade ihm giebt die Praxis richtige und ausreichende Lehren für die Unfallverhütung an die Hand. Ob Gerüste, Leitern, Aufzüge, Abdeckungen und sonstige Vorrichtungen sicher und ausreichend sind, das kann ohne Zweifel der erfahrene Arbeiter, der auf sie angewiesen ist, am zuverlässigsten beurtheilen. Weit aus die meisten Unfälle im Baugewerbe sind auf mangelhafte Beschaffenheit derartiger Vorrichtungen zurückzuführen. Sie zu verhindern, sind die Arbeiter selbst ungleich berufen, als die „Meister“, die in der Regel der praktischen Thätigkeit am Bau völlig fern stehen.

Ohne Weiteres kann zugegeben werden, daß gewisse gefahrbringende Verfehle gegen die höheren Lehren und Regeln der Baukunst, z. B. falsche statische Berechnungen, Fehler in der Anordnung zc. zc. nicht immer ohne Weiteres von den Arbeitern erkannt werden können. Aber die Arbeiter sind ja auch weit davon entfernt, die ganze Baukontrolle für sich allein in Anspruch zu nehmen. Was sie verlangen ist, daß die Beauftragten ihrer Organisationen neben denen der Berufsgenossenschaften, und zwar beide Theile gemeinsam unter Leitung sachmännlicher staatlicher Beamter, die Kontrolle ausüben sollen. Auf diese Weise kann die praktische Erfahrung, die Einsicht der Arbeiter sich gegenbringen mit der höheren technischen Durchbildung verbinden.

Die „Baugewerks-Zeitung“ ignoriert mit gewohnter Triviolität, daß es sich für die Arbeiter thatsächlich nur um eine solche Baukontrolle, und nicht etwa um ein den Arbeitern zuzuwendendes Kontroll-Privileg handelt. Die Arbeiter machen lediglich ihr gutes, wohlbegründetes Recht auf Mitbetheiligung an der Kontrolle geltend; sie wollen nach Maßgabe ihrer vernünftiger Weise gar nicht in Abrede zu stellenden beruflichen Befähigung mitwirken an der Sorge ihrer eigenen höchsten Güter, der Gesundheit und des Lebens. Demgegenüber von „dem Einfluß verworrener Parteilebensenschaften“ zu sprechen, ist nicht minder eine jämmer-

liche tendenziöse Gefährlichkeit wie eine Absurdität. Es bleibt nur ein Räthsel, wie bei Ausübung der Baukontrolle „Parteilichenschaften“ einen Einfluß ausüben könnten. Die „Baugewerks Ztg.“ freilich erklärt:

„Die unter dem Deckmantel sozialer Fürsorge geforderte Bauaufsicht durch Arbeiter würde vor Allem der sozialdemokratischen Agitation dienen und der schon heute von den organisirten Arbeitern gegenüber ihren die Gefolgschaft verweigern den Arbeitbrüdern geübten Terrorismus bis zur Unerschütterlichkeit feigen und die Autorität des Arbeitgeberes gänzlich beseitigen.“

Es ist nicht das erste Mal, daß das Zünftlerorgan diese Behauptung aufgestellt hat. Sie bildet, wie wir schon öfter dargelegt haben, einen demagogischen Vorwand, die berechtigten Forderungen der organisirten Bauarbeiterchaft als „unerfüllbar“ hinzustellen. Freilich würde, wenn man Vertreter dieser Arbeiterchaft an der Baukontrolle betheiligte, das einer Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisation gleichkommen; diese Organisation würde ohne Zweifel auch an Ansehen gewinnen und stärkeren sittlichen Einfluß ausüben vermögen. Aber gerade das ist's, was, nebst der Energie und Gewissenhaftigkeit der Arbeitervertreter in der Baukontrolle, das zünftlerische Unternehmertum fürchtet und deshalb verhindern wissen will.

Der „beste Arbeiterschutz“ gegen Gefahren im Baubetriebe ist und bleibt für die „Baugewerks-Zeitung“ der zünftlerische Befähigungsnachweis. Wir haben diesen Humbug schon so oft kritisiert, daß wir uns ein näheres Eingehen darauf hier wohl ersparen können.

In ihrer Nummer vom 1. Mai sodann veröffentlicht die „Baugewerks-Zeitung“ eine dem preussischen Abgeordnetenhaus eingereichte, gegen die Petition der Bauarbeiter-Organisationen gerichtete Vorstellung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin. Dieses Machwerk ist durchaus im Geiste der Herren Felisch und Genossen gehalten. Es enthält nichts Neues. Die Ausführungen beschränken sich auf die Einzelfrage einer besseren Kontrolle der Rüstungen. Da wird behauptet, die diesbezüglich vorgesehenen Schutzmaßregeln seien „durchaus ausreichend“ (11). Dann heißt es weiter:

„Dennoch haben wir gegen eine etwaige Verschärfung einer Kontrolle wie gegen eine wirksamere Prüfung der Rüstungen, sollte diese auf gesetzlichem Wege zu erreichen sein, im Prinzip nichts einzuwenden, müssen dagegen ganz entschieden Protest einlegen gegen die Anstellung von Arbeitern als Rüstungsbeamten, noch dazu aus der Mitte der sozialdemokratisch organisirten Bauarbeiterchaft. Nur theoretisch und praktisch gesunkene Kräfte, nicht aber Vertreter der organisirten Arbeiterchaft, denen das nötige Verständnis und der weite Blick abgeht und deren theoretische Schulung für solche Zwecke nicht genügt, können unserer Ansicht nach für beratung-

Posten in Frage kommen. Die Einstellung von Arbeitern geschieht vorzugsweise, erscheint uns bei den heutigen Verhältnissen und der ohnedies schon bestehenden Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Baugewerbe in keiner Beziehung gerechtfertigt und opportun; wo das Institut der Baukontrolleure aus dem Arbeiterhande eingeführt ist, wie z. B. in München, hat sich gezeigt, daß eine Verminderung oder Verminderung der Baufälle dadurch nicht erzielt und ein wirksamerer Schutz für Gesundheit, Sicherheit und Leben der Bauarbeiter nicht geschaffen ist.

Das ist eine sehr kühne Unwahrheit. Alle vorurteilsfreien Beurtheiler; darunter auch Gewerbeaufsichtsbeamte, sind von der Richtigkeit dieser Einrichtung überzeugt. Wenn sich trotzdem eine Verminderung der Unfälle im Allgemeinen nicht ergeben sollte, so würde das gegen den Werth der Institution selbst nichts besagen, sondern lediglich beweisen, daß die Kontrolle eine noch schärfere werden muß, um der Gewissenhaftigkeit des Unternehmertums erfolgreich entgegen zu wirken.

Kosibar ist die Annahme, daß Vertreter der organisierten Arbeiterkraft nicht als theoretisch und praktisch geschulte Kräfte zu gelten haben! Darüber noch ein besonderes Wort ernster Kritik zu verlieren, lohnt sich wirklich nicht der Mühe.

Die Vorstellung fährt fort:

Die Einrichtung ist nicht einmal dazu angethan, etwa vorkommender Mißbräuen und Auswüchsen abzuwehren, die doch nur zu einem vorübergehenden geringen Theil gefahrenlos Unternehmern zuzurechnen, in den allermeisten Fällen vielmehr in der Verantwortlichkeit des Betriebes an sich und nicht zuletzt in der Gleichgültigkeit der Arbeiter, in der Beobachtung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften begründet sind.

Die offensichtlichen Thatsachen reden eine andere Sprache. Selbst Gewerbeaufsichtsbeamte sehen sich zu der Erklärung gezwungen, daß die Unfallgefahr hauptsächlich in der Gewissenlosigkeit des Unternehmertums mitbegründet ist. Was die Unternehmer „Gleichgültigkeit der Arbeiter“ nennen, daß ist in der Regel nichts Anderes, als ein von der Unternehmer-Profitssucht erzwungenes, durch die ganze ausbeuterische Arbeitsmethode bedingte gefährliches Arbeiten. Für jeden Einsichtsvollen liegt längst fest, daß auch im Baugewerbe die Verantwortlichkeit des Betriebes sich durch gute Unfallverhütungsmaßnahmen und -Kontrolle, sowie durch vernünftige Arbeitsweise auf ein Minimum reduzieren läßt. Auch darüber haben wir ja schon oft erschöpfend uns geäußert.

Weiter heißt es:

Nach unserer Ueberzeugung und nach unseren praktischen Erfahrungen wird ein großer Theil der Arbeiterkraft selbst, vor Allen solche, welche sich in verantwortlicher Stellung befinden (Bauherren, Postengestellten, Bauarbeiter etc.) und denen noch das Bewußtsein der Nothwendigkeit einer Autoritätsanerkennung innewohnt, gegen eine Revision und Kontrolle durch Arbeiter aus den Kreisen der Arbeiterorganisationen sich sträuben. Außerdem könnte eine solche Vermittlung schweblich zu dem erwünschten Ausgleich der sozialen Gegensätze beitragen, und erscheint es in sozialpolitischer Hinsicht als sehr bedenklich, eine alternative sozialdemokratische Forderungsgesellschaft anzuerkennen. Die Arbeiterorganisationen wollen mit ihrer Forderung auch gar keine neue Schutzmaßregel bezwecken, sondern nur eine Ausdehnung ihrer ohnedies schon großen Nachbesserungserfolge; sie würden eine derartig einseitige, zu ihren Gunsten geschaffene Institution als sehr willkommene Mittel benutzen, um unter der Flagge des Arbeiterthums das Bestimmungsgesetz und Einmündungsrecht auf den Bauteilnehmern an sich zu reißen, den schon jetzt schwer kämpfenden Stand der Bauarbeiter vollständig zu untergraben und die einschüchternde Arbeitermasse durch agitatorische Zwangsmittel unter politischem Schutz gänzlich an sich zu fesseln.

Wir bezweifeln nicht, daß es Uebelthenerische Erträge von Arbeitern giebt, die sich von Unternehmern dazu mißbrauchen lassen, ihre Stimme gegen die Vetheiligung ihrer Ständesgenossen an der Baukontrolle zu erheben. Aber einen „großen Theil“ der Arbeiterkraft bilden diese „Autoritäts“-Klaven sicher nicht.

Der Umstand, daß gerade die aufgeklärten, sich zur modernen Arbeiterbewegung bekennenden Arbeiter des Baugewerbes für die Forderung der Vetheiligung an der Baukontrolle eintreten, macht diese Forderung nicht zu einer „tendenziös sozialdemokratischen“; sie hat mit irgendwelchen Partei-Grundsätzen gar nichts zu thun; auch „Christliche“ Arbeiter und antisozialdemokratische bürgerliche Sozialpolitiker bekennen sich zu ihr.

Aber das ist ja der jammere bekannte alte Schwindel, den das Unternehmertum immer treibt, wenn es Bestrebungen der Arbeiter, die ihm un bequem sind, abwehren will: die böse Sozialdemokratie mit ihren „Gefahren“, ihren „umhürleichen Tendenzen“, ihrem „Terrorismus“ etc. etc. wird in frechster und dümmster Weise vorgepöbel.

Wir haben uns ja von Anfang an nicht der Hoffnung hingegeben, daß das preussische Abgeordnetenhaus geneigt sein könnte, die Petition der Bauarbeiterorganisationen gebührend zu berücksichtigen. Die Herren Baugewerksämter hätten sich ihre Gegenvorstellungen ersparen können. Aber daß sie damit in den Augen

vernünftiger und ehrlicher Menschen sich in einen ihnen vortheilhaften Gegensatz zur organisierten Arbeiterkraft gebracht haben, läßt sich nicht behaupten.

Aus dem Reichstage.

Berlin, den 4. Mai.

Das Bestreben vieler Behörden, die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation möglichst gütlich zu behandeln, ihr die Erziehung und Wirksamkeit zu erschweren, führte um die Mitte der achtziger Jahre u. a. zu dem Versuch, diejenigen Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern gewisse Unterstühtungen z. B. als „Versicherungsgesellschaften“ zu behandeln, die der staatlichen Genehmigung bedürfen. Die Berliner Polizei gab 1888 das erste Beispiel solchen Vorgehens, indem sie den Buchdrucker-Verband aufforderte, die Genehmigung des Ministers einzusuchen. Als bald wurde dieselbe Aufforderung von anderen preussischen Polizeibehörden - auch an andere Gewerkschaften gerichtet. Einige derselben, u. a. auch die der Buchdrucker, entsprachen diesem durchaus unbedingten Verlangen, sich der Polizeiaufsicht zu unterwerfen, während die meisten ihm energig sich widersetzen. Die Folge waren zahlreiche Prozesse, die dazu führten, daß die höchsten Gerichtshöfe Preussens die betreffenden polizeilichen Verfügungen als nicht zu Recht ergangen sahen. Inzwischen hatten viele Gewerkschaften zu ihrem Schutze gegen die „Fürsorge“ der Polizei in ihre Statuten die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen, daß den Mitgliedern ein einlagbarer Anspruch auf Unterstühtungen nicht zustehe.

Aber trotzdem und trotz der Erkenntnisse der höchsten Gerichtshöfe führen die Polizeibehörden systematisch fort, die Gewerkschaften zu behelligen mit dem Annehmen, sich ihren Geschäftsbetrieb als den einer „Versicherungsgesellschaft“ behördlich genehmigen zu lassen. Bis in die letzten Jahre hinein hat dieses Unwesen gedauert. Noch im Jahre 1898 wurden Justizstellenbesitzer des Verbandes der Maurer Deutschlands mit dem Siege in Hamburg polizeilich aufgefordert, den Nachweis zu führen, daß dieser Zentralverband die ministerielle Genehmigung zur Ausdehnung seines Geschäftsbetriebes in Preußen erhalten hat.

Nunmehr hat die Reichsgesetzgebung Gelegenheit gehabt, in dieser Frage eine entscheidende Stellung zu nehmen. Der Reichstag hat soeben die Vorlage über die privaten Versicherungsunternehmungen in dritter Lesung erledigt. Der § 1 des Gesetzesurtheils bestimmt in der Fassung der Regierungsvorlage: „Privatunternehmungen, die den Betrieb von Versicherungsgesellschaften zum Gegenstande haben, unterliegen vorbehaltlich der in den §§ 116, 117 und 122 gegebenen Vorschriften der Beaufsichtigung nach Maßgabe dieses Gesetzes.“ Die zur Vorberatung des Entwurfs thätig gewesene Kommission schlug nach ihrem einstimmigen Beschluß vor, dem § 1 folgenden zweiten Absatz zuzufügen: „Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Personenvereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unterstühtungen gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen.“

Dieser Vorschlag der Initiativ der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission entsprungen, wurde vom Plenum in der zweiten und dritten Beratung, ohne Widerspruch gefunden zu haben, angenommen. Die neue Bestimmung wird also Gesetzeskraft erlangen.

Die Gewerkschaften haben Ursache, diese Mittheilung mit Genugthuung aufzunehmen. Nach streng rechtlichem Ermessen macht der Abs. 2 des § 1 der Eingangsschlichter polizeilichen Praxis ein Ende. Aber es ist ja fraglich, ob die Polizei, besonders in Preußen, nicht trotzdem noch veruchen wird, den Gewerkschaften mit der „Annahme“, daß sie „Versicherungsgesellschaften“ seien, bezugnehmend. Erfahrungsgemäß thut Jeder, der in Angelegenheiten der Arbeiterorganisation mit der preussischen Polizei zu rechnen hat, gut, sich der äußersten Vorsicht zu beherrsigen, nicht vertrauensselig zu sein. Wir raten also den Gewerkschaften, die Bestimmung in ihren Statuten, daß Mitglieder keinen Rechtsanspruch auf Unterstühtung haben, ja nicht als nummehr überflüssig zu erachten, sie vielmehr beizubehalten und so die Rechtswohlthat, die der Abs. 2 des § 1 gewährt, ausdrücklich und in unabweisbarer Weise für sich in Anspruch zu nehmen. Es könnte sonst leicht der Fall sein, daß die Polizei auf den „genialen“ Gedanken kommt, „anzunehmen“, es lie ein lagbarer Rechtsanspruch auf Unterstühtung ohne Weiteres vorhanden, wenn in den Statuten einer Arbeiterorganisation nicht ausdrücklich das Gegentheil gesagt wird.

Die Maifeier

ist, soweit Berichte vorliegen, überall glänzend verlaufen. Die Vetheiligung an der Festtagen, Ausflügen und Versammlungen war bedeutend stärker als in den vorausgegangenen Jahren. Besonders stark theilnahmen sich die Maurer und übrigen Bauarbeiter.

In Hamburg befanden sich reichlich 25000 Personen im Zuge, die unter den Klängen von 12 Musikcorps nach dem großen, im Wohngebiet der Großburgenallee belegenen Festplatz marschirten. Die Spitze des Zuges war schon eine Stunde in Bewegung, als die letzte Gruppe ihren Abmarsch beendigen konnte. Im Zuge befanden sich an 170 Frauen, Männer und Gewerkschaften, sowie Malate, von denen das eine die Inthronisierung: „Wehr Schutz den Bauarbeitern! Maurer wurden über 1200 gezählt, die sich um ihre Fahne gesammelt hatten, während einige Hundert bei ihren Wahlvereinen Anstich suchten. Tausende von Menschen bildeten an den Straßen Spalten, und auf dem Festplatz selbst, sowie in den anliegenden Gartenanlagen theilnahmen sich mindestens 30000 Personen an der Feier, die vom schönsten Wetter begünstigt war. - Abends fanden in Hamburg Stadtheater 11 Festveranstaltungen statt, die alleamt überfüllt waren.

Nicht minder stark war die Vetheiligung an dem Festtag des internationalen Proletariats in Altona-Ottensen, Wandsee, Bergedorf, Harburg und den kleineren Orten in der Umgegend Hamburgs.

Aus Lübeck, Kiel, Flensburg und Schleswig wird gleichfalls berichtet, daß die Arbeitsruhe weit umfangreicher als in früheren Jahren war.

Die Berliner Gewerkschaften hielten Vormittags einige 40 Versammlungen ab, die meist überfüllt waren. Die Zahl der Versammlungstheilnehmer wird auf 80000 geschätzt. Unsere Verbandskollegen waren: Maurer 4000, Bagger 1800 und die übrigen Gruppen zu mehreren Hunderten erschienen. Die Zahl der totalorganisierten Maurer betrug sich auf 2000. - Abends fanden meistens der Partei-Versammlungen mehr festähnlichen Charakteres statt, die gleichfalls alle überfüllt waren. In der Umgegend von Berlin und auch in den meisten Städten der Provinz Brandenburg war die Vetheiligung an den Vormittagsversammlungen großartig.

In Königsberg l. Pr. fand Nachmittags ein Gartenfest statt, an dem sich 8000 Personen theilnahmen. - Die Festversammlung in Siedlitz war von 1000 Personen besucht; in den Vororten von Siedlitz demonstrirten an 1500 Personen, und in Köslin (Hinterpommern) theilnahmen sich an der Festversammlung Vormittags 800 Personen. - Auch in Weeslau war die Vetheiligung in diesem Jahre größer als im Vorjahre, 1500 Personen besuchten die Versammlung, und in Gorkisch waren etwa 1000 Personen zur Feier des Tages bereinigt. - Die Demonstrationen in Magdeburg waren überfüllt. An Stelle des verbotenen Umzugs fand ein Massenparadezug statt. - In Halle theilnahmen sich rund 2000 Personen an der Demonstration. - Die Festversammlung in Gr.-Dietrichsdorf war von 300 Personen besucht. - In Weisenfels, Burg und Halberstadt feierten je 400 Mann durch Arbeitsruhe. - In Duedlinburg marschirten 200 Personen in geschlossenem Zuge mit Musik durch die Stadt, Abends war die Zahl der Theilnehmer auf 1000 gestiegen.

In Königsberg Sachsen war die Zahl der Demonstrationen besonders groß in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Grimnitzkau. - In Littenburg rührte die Arbeit in Fabriken und auf Pflanzten mit wenigen Ausnahmen. Dreiertheil der Arbeiterkraft feierte. - In Jena theilnahmen sich etwa 1000 Personen an dem Nachmittagsausflug. - Gleichfalls hatte Vetheiligung an den Tagesdemonstrationen fanden statt in Dessau, Weimar, Eisenach, Arnstadt, Saalfeld, Greiz und vielen anderen Orten Mitteldeutschlands.

Aus Rheinland-Westfalen wurden verhältnismäßig starke Vetheiligungen gemeldet aus Wannen = Eberfeld, Düsseldorf, Krefeld, Essen, Bochum, Solingen, Köln und Aachen.

Ebenfalls in den sabbdeutschen Landen war die Vetheiligung an den Demonstrationen Versammlungen und Ausflügen über Erwarten gut. Ueberaus zahlreich waren die Arbeiter in den Ostprovinzen am Frankfurt, Mainz und Darmstadt zur Stelle.

Und nicht minder großartig ist die Maifeier im Auslande, in Oesterreich, der Schweiz, in Frankreich, Belgien und Holland, verlaufen; sogar in Rußland wird die Vetheiligung an dem internationalen Feiertag von Jahr zu Jahr größer. Es geht vorwärts! Trotz Vetheiligung der Arbeiter durch die kapitalistischen Soldathäuser und trotz der Maßregelungen, die die Unternehmer aus Anlaß der Maifeier vornehmen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Halle a. d. S., Gommern, Köthe, Prenzlau-Granzow, Leischn (Aberbrück), Landsberg a. d. W., Eilenburg, Striegau, Neukettin, Neubrandenburg, Friedland, Brühl, Goldberg i. M., Schwerin i. M., Penzlin, Warenmünde, Wismar, Greifswald, Tschow, Wante- weje-Rienstedten-Flotbek und Umgegend, Moorburg, Wilhelmshaven, Solingen, Zagard und Witz auf Insel-Rügen.

Gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilken & Wöhler, S. Baumgarten, Eggers, S. Thielke, Korbing und S. Fabrenkrug in Hamburg wegen Arbeitsruhe; der Bau der Irenenstraße in Eilen b. Bremen, Unternehmer Nathamp, wegen Nichtanerkennung des Lohnsatzes; die Bauten der Unternehmer Gesse und Wissele in Eberfeld; in Düsseldorf der Bau des Parkhotels, Unternehmer Holzmann & Co. = Frankfurt a. M., wegen Ueberziehung der zehnstündigen Arbeitszeit; der Kirchengau in Marquard b. Potsdam; das Baugelände von Sühmuth in Bornitz b. Potsdam, weil ausgesperrte Kollegen nicht einlassen sind; die Zuderfabrik in Thüringwerder b. Wriezen; in Jendnitz die Bauten der Bauarbeiter; in Ahrenshoop die Bauten der Unternehmer Paul Wittern und F. Hoffmann; in Bugtebude die Bauten des Unternehmers F. Schramm.

Differenzen, die leicht zum Streik führen können, bestehen in Stendeburg, Neuna, Rühz und Albitz i. M., Swinemünde, Teuplin, Kottbus, Guinersdorf, Siefchberg i. Schl., Gähmiz, Salzweel, Coburg, Mügeln b. Dresden, Kreuznach.

Die Sanktionen und Passadenmüher in Köln a. Rh. sind ausgesperrt. - In Eutin streiken die Dekoröhren. Durch Zimmererstreik sind die Maurer in Mitteldeutschland gezogen in: Arnburg, Eupenitz, Cöslin, Friedeburg i. d. N.-M., Gardelegen, Joachimsthal, Prihwitz, Uedemünde, Wolgast. In Neufretsch streiken die Bauarbeiter.

In Dresden wurden in der vergangenen Woche mehrere Bauwerken verhängt, die aber schnell ihre Erledigung fanden. Am Dienstag legten am Bau des Unternehmers Mähler in der Hamburgerstraße 16 Kollegen die Arbeit nieder. Nach circa dreiwöchentlichiger Arbeitsruhe sah sich der Unternehmer veranlaßt, den Lohn von 40 auf 43 % zu erhöhen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Am 2. wurde der Lohn bei dem Unternehmer Köhniger, Dürrstraße, nach kurzer Unterhandlung erhöht, so daß dort jetzt 44 % pro Stunde gezahlt werden. In Betradt kamen 21 Mann. Am Freitag kam es bei dem Unternehmer Schöne, Forstbergstraße, zur Arbeitsniederlegung; 26 Kollegen ließen die Arbeit ruhen, während 2 weiterarbeiteten. - Am Sonnabend Mittag bewilligte Schöne 45 % Stundenlohn. Güte er sich auf Unterhandlungen eingelassen, so wäre er mit 44 % dazugelommen.

In Rawitz ist die Lohnbewegung durch gegenseitige Vereinbarung zum Abschluß gekommen. Die Unternehmer machten folgende Zugeständnisse: 1. Anerkennung der Organisation. 2. Abschaffung der Ueberstunden, wenn Notharbeit vor-

liegt sollen dieselben mit 10 A. Zuschlag pro Stunde bezahlt werden, Aufseherung des Stundelohnes von 27 auf 29 A. für Junggefelln von 17 auf 21 A. Der Vertrag wurde durch eigenhändige Unterschrift der kontrahenten Vorgesetzten und hat Gültigkeit vom 6. Mai 1901 bis 31. März 1902.

Die Baupolizei über den Bau Prohymann in Sürbe, Unternehmers Büchsefeld, ist wieder aufgehoben. Der Unternehmer hat den geforderten Stundelohn von 45 A. bewilligt. Die Kollegen, welche vorher an dem Bau arbeiteten, wurden, soweit sie nicht abgereist waren, wieder eingestellt, bis auf einen. Dieser wollte der Unternehmer absolut nicht wieder einstellen. Die Kollegen haben dann in diesem Punkte nachgegeben. Der Unternehmer, welcher anfangs erklärte, keinen der vorher von ihm beschäftigten Gesellen wieder einzustellen, hat aber gesehen, daß er trotz des starken Zugangs keine Gesellen an den Bau bekam. Die übrigen Unternehmer, welchen die Lohnforderung von 45 A. ebenfalls zugegangen ist, werden sich wohl an Büchsefeld ein Beispiel nehmen und den Lohn bewilligen.

Die Firma Bock & S. nauer in Berlin hat die Forderungen der Zementierer bewilligt und ist dadurch die Sperre erledigt worden.

Aus Neubrandenburg schreibt man uns: Am 1. Mai bahnten die Unternehmer durch Vermittelung des Herr Synodus Bruns Unterhandlungen mit uns an. Diese, an denen auch Schulz aus Berlin Theil nahm, verliefen resultatlos, weil der Vertreter der Unternehmer, der Maurermeister Dingel, darauf bestand, mit seinen Gesellen allein zu unterhandeln, und weiter auf der bedingungslosen Aufnahme der Arbeit; nachher wollte er jedem Gesellen, der 85 A. pro Stunde herbeiziele, diese auch zahlen. Auf diesen Bedingungen gingen wir natürlich nicht. Die Berliner Arbeitswilligen, von denen bereits fünf Mann abreisten, gefehlt aber wieder zwei Mann hinzu kamen, werden nach wie vor von der Polizei hin und von der Arbeitsstelle eskortiert. Dadurch werden Anläufe verursacht; auch sind schon einige Verhaftungen und Demonstrationen vorgekommen. Verhaftet wurden ein junger Kollege, der bei seiner Frau stand, ohne ersichtliche Ursache, und die Frau eines Kollegen, die einem Berliner Arbeitswilligen den Hut vom Kopfe schlug. Unerwünscht darf nicht bleiben, daß die Polizei sich veranlaßt sah, in den beiden hier erscheinenden Tagesblättern und den Anschlagtafeln den Aufrufparagrafen (§ 116 R.-St.-G.) bekannt zu geben mit folgender Einleitung: Hierdurch wird öffentlich bekannt gemacht, daß während der Dauer des hiesigen Maurerstreiks im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit Ansammlungen von Menschen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, namentlich bei den Neubauten, verboten werden.

Zur Verstärkung der hiesigen Polizeimacht sind bereits vier Gendarmen aus Neustrelitz eingetroffen; vier bekannt, fünf auch noch Militär kommen. Ein Polizeikommando probiert sogar hiesige Einwohner, von denen er weiß, daß sie den Maurerstreik unterstützen, durch Anempfehlungen, Hinterzettelungen mit Fingerringen und durch Schimpfen zu täuscheln, um Gelegenheit zu bekommen, diese Unbekannten hinter Schwelbige Gardinen zu bekommen. Am 1. Mai erschien in einer Gastwirtschaft in der Treptowerstraße der Kandidatenrath Buchs und der Kandidatenrath Rubin und fragten den Wirthe, ob er geheime Zimmer habe, ob geheime sozialdemokratische Versammlungen bei ihm abgehalten würden. Sie sagten aus, daß in Wirtschaften Leute verkehren, die der Behörde nicht lieb seien und er wäre besser, diese Leute und die Versammlungen in seinem Lokal nicht zu dulden, er würde sich nur dadurch haben. Um demselben Abend kam der Gendarm Wade nach demselben Lokal und forderte den Kollegen Wilhelm Schulz, der als Vertreter der Berliner Kollegen hier anwesend war, um die arbeitswilligen Berliner von hier entfernen zu lassen und in der erwähnten Gastwirtschaft wohnen, auf, wenn er nicht davon abblasse, die arbeitswilligen Berliner von der Arbeit abgubalten, mit dem 7 Uhr-Abendzug, 1. Mai, Neubrandenburg zu verlassen. Er erhielt von dem Kollegen Schulz hierauf die prompte Antwort, daß er mit ihm (dem Gendarm) überhaupt nicht unterhandle, daß er auch nicht davon ablassen werde, auf gelegentlichem Wege die Berliner von der Arbeit zurück zu halten und daß er auch nicht mit dem 7 Uhr-Abendzug Neubrandenburg verlasse, sondern erst, wie bereits programmäßig festgesetzt, am 2. Mai. Die Versammlung, die am 1. Mai zur Feier des Weltfestes tagte und in der der Kollege Schulz das mit stürmischen Tifall aufgenommene Referat hielt, erneuerte der Schwur der Bundesstreue und versprach, bis zum letzten Mann auszubalzen, bis der uns von den Unternehmern ausgesetzene Kampf, bei dem es sich nur noch um die Machtfrage handelt, wie der Vertreter des Unternehmertums selbst sagte, beendet ist.

Die Lage des Streiks in Schwerin i. M. ist bis jetzt unverbändert geblieben. Die Aufsichtsbefehle für das Innungswesen ist im Anbahnung einer Verständigung zwischen den Innungsmessern und der Gefellenvertretung erfolgt worden. Unter der „Arbeitswilligen“ befindet sich auch ein Kollege, der früher an der Spitze unserer Organisation stand und in ganz Mecklenburg als Agitator für die Maurerbewegung bekannt war. Es ist der bekannte Hermann Schröder. Jetzt hat er den Kreuzschwur, den er früher einmal der Organisation leistete, sühne gebrochen. Er ist ja auch heute Partier und glaubt dadurch wohl in eine höhere Gesellschaftsleiter aufgerückt zu sein. Wenn ihm nur nicht noch einmal vor seiner Gottähnlichkeit bange werden wird, wie es vor ihm schon manchem Anderen ergangen ist, der ähnliche Dognen einschlug.

Unverbändert sind auch die Streiks in Prenzlan und Goldberg.

In Neustadt i. M. erlangen die Gesellen nach vierzehntägigem Kampfe einen, wenn auch nicht vollen, so doch immerhin beachtenswerten Erfolg. Der Lohn wurde von 81 auf 84 A. erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 10 Stunden vergrößert. Ferner verpflichteten sich die Unternehmer, nur Verbandsmitglieder in Arbeit zu stellen, bei Vorkäufen für antizipierten Charakter zu sorgen und im nächsten Jahre den Lohn auf 85 A. zu erhöhen, wenn dies die Unternehmer im benachbarten Prenzlan ebenfalls thun. Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, sollen durch einen ständigen Gefellenausschuß oder in den Versammlungen der Gefellen geregelt werden.

In Wismar haben die Unternehmer einen zweiten Trupp Stallener als Streikbrecher genommen. Damit ihnen, den Unternehmern, nicht wieder das Maß voll passire, daß die „Arbeitswilligen“ wieder von den Streikenden weggeführt werden, sind die 17 „brauner Schöne“ Stallens in strengste polizeiliche Bewachung genommen. Zu den fremdlandischen Streikbrechern sind leider auch im Laufe der letzten Woche drei Einheimische gekommen. Es ist dies um so mehr zu beklagen, als dadurch der Streik nur verlängert wird.

In Briesel ist es am 29. April ebenfalls zu einer Arbeits-einstellung gekommen, woran 44 Kollegen theilhaftig sind. Da das bauende Publikum bereits anfangs, ungeduldig zu werden, so haben die Unternehmer selbst zu Hammer und Keile gegriffen; aber ihre Hände sind der schweren Arbeit ungewohnt und sie werden die Neubauten, die fertig werden müssen, nicht allzu sehr fördern! Die Aufsichten der Streikenden, in deren Reihen der beste Geist herrscht, sind sehr gute.

In Friesland i. Mecklbg. hat sich an dem Stand des Streiks nichts geändert. Die Mehrzahl der Kollegen ist abgereist und die Wenigen, die noch am Orte anwesend sind, denken ebenfalls abzureisen, wenn in der nächsten Zeit eine Aenderung nicht eintritt. Herr Witte, der ja bekanntlich kürzlich in einer Verammlung des Bundes der Landwirthe eine fulminante Rede gegen die bösen Gesellen hielt, hat in der „Friedländer-Ztg.“ von einem der Streikenden eine gründliche Mißfuhr erhalten. Es heißt in dem betreffenden Eingelände:

Nach dem Referat sagte Herr Witte: „Der Arbeiteremmer erkläre in dem Arbeitgeber nicht den sorgenden Wohlthäter, sondern den Ausbeuter, den Dieb, der sich dem Arbeiterschwäche mähle. Wie klein klingen diesen bombastischen Worten gegenüber die berechtigenden Forderungen der sich im Auslande befindenden Maurer. Dieselben sind: 10 1/2 stündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 32 A., nicht 35 bis 37 A., wie wohl hochfester Weise ausgeprengt wurde, für minderleistungsfähige junge Arbeiter 2 A. pro Stunde weniger, und für Frauen und Arbeiter höheren Alters, die jedoch auch leben wollen, je nach Vereinbarung.“

Aus diesen berechtigenden Forderungen wird die berechtigte Einmüthigkeit Frieslands wohl erhellen, daß die „entarteten Gesellen“ nicht mit Herrn Witte, „aus einer Quelle zu schöpfen begreifen.“

Am 15. April sagte Herr Witte weiter: „Minimallohn und Garantie des Tagelohnes bei Stundearbeit kennzeichnen den unstilligen Charakter der Arbeitnehmers, denn es wäre doch, weiter nichts als eine Prämie auf Faulheit und Ungeschicklichkeit.“ Uns ist nach unseren oben mitgetheilten und Herrn Witte sehr wohl bekannten Forderungen unklar, was er mit diesen Worten hat sagen wollen. Jedenfalls hat er durch dieselben seine rednerische Begabung in's rechte Licht stellen wollen.

Wenn nun ferner Herr Witte über das im Laufe der Zeit eingetretene veränderte Verhältnis zwischen Meister und Gesellen“ sagt, so sind wir mit ihm derselben Meinung, können jedoch ihm nicht beistimmen, daß es sehr häufig die Meister sind, die ein gegenseitiges Vertrauen unmöglich machen, denn, wenn z. B. ein hiesiger Arbeiter in Bezug auf uns die Worte gebraucht haben soll: „Der Hunger soll sie treiben, sie sollen noch lernen, Sand zu fressen“, so bezeichnet dies die höchste Brutalität. Wir wünschen dem betreffenden Herrn nicht das Gleiche, doch noble Passionen, Spiel und dergl. kosten Geld, und wäre es somit nicht unmöglich, daß derselbe seinen ungebundenen Appetit noch einmal mit Sand füllen müßte.“ Herr Witte hat die wohlverdienenden Stube ruhig eingestrichelt und nicht darauf geantwortet.

In Neustrelitz sind die Bauarbeiter im Streik. In der verfloßenen Woche waren 20 Maurer in Mitleidenschaft gezogen; in dieser Woche dürfte die Zahl erheblich größer werden, so daß die Maurer an's Abreisen denken müssen.

Um die Sperren auf Anlagen illusorisch zu machen, ist eine Berliner Affordolonne nach dort gereist. Es scheinen das die richtigen Strauchdiebe zu sein, denn ihnen war es nicht etwa um die Arbeit zu thun, sondern sie glaubten Dumme fangen zu können; A. 100 verlangten sie A. 1 Person von den Streikenden, dann wollten sie die Arbeit nicht aufnehmen. Hoffentlich wird solcher fahrenden Streikbrechergesellschaft die verdiente Antwort zu Theil. Der Unternehmer Galitz ist übrigens geneigt, einen Hof zu zurückzuführen.

Die Neustrelitzer Unternehmer haben sich bisher rechtliche Mühe gegeben, Streikbrecher heranzuziehen, jedoch ohne Erfolg. Die Stimmung der Kollegen ist gut. Polizeiliche Maßnahmen sind nicht zu bezwecken, es liegt natürlich auch kein Grund dazu vor.

Unverbändert ist der Stand der Aussperrung in Prenzlan und Gramzow. Von den Unternehmern werden alle scharfen Mittel angewendet, um Arbeitswillige zu pressen. Außer den Unorganisirten, die von Anfang an sehen blieben, ist es ihnen nur bei vier gelungen, geneigtes Gehör zu finden, und zwar bei Leuten, die wirtschaftlich nicht gerade schlecht dastehen. Unter einem großen Theil der Mitglieder ist es Brauch, von einem Bauern Land zu nehmen, wofür sie dann verpflichtet sind, während der Ernte die Pacht abzuräumen. Dies bedeutet einen nicht unwesentlichen Theil ihres Einkommens. Von den Unternehmern sind die Bauern aufgefordert worden, kein Geld, Land zu geben. Erfolg haben die Unternehmer nicht gehabt, nur die Gebitterung ist gestiegen. Gegen einen in Prenzlan wohnhaften Kollegen handelte man noch scharfer, ihm wurde der Angeldstein entzogen. Die Behörden in Prenzlan halten sich neutral. Dies ist der guten Haltung der Streikenden mit zu verdanken. Anders ist es in Gramzow. Auf Aufforderung des Meisters Kersten kam der Gendarm in die Wohnung eines Kollegen. Er stellte ihm wegen des Streikoffenbleibens zur Rede, erhielt aber die gebührende Abweisung. Die Prenzlaner Meister denken nun, durch Scheinmänner die Aussperrten auf's Glattste zu führen. Ein gewisser Fried hat bei Strohsfeld vier Wochen Streikbrecherdienste geleistet. Er ist nun Unternehmer geworden und übernimmt alle Strohsfeld'schen Arbeiten. Er will als neuer Unternehmer gelten. Da dieses Experiment zu offenkundig war, wurde es von den Ausständigen mit Entrüstung zurückgewiesen. Die Haltung der Streikenden ist eine gute, und daß sie mit offenem Auge die Vorkommnisse verfolgen, beweist ein Vorkang, der hier miternannt werden mag. Der Kollege Otto Neßband rettete nämlich einen siebenjährigen Knaben dem Tode des Ertrinkens. Die Aussperrten müssen also doch wohl bessere Menschen sein, als sie von den Unternehmern bezeichnet werden.

Nach mehrmaligen resultatlosen Unterhandeln ist es auch in Greifswald zum Streik gekommen. Die Kollegen fordern 40 A. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit; sie wollten aber, um dem Streik aus dem Wege zu gehen, dies Jahr für 38 A. arbeiten, wenn die Unternehmer sich verpflichteten, vom 1. April nächsten Jahres ab 40 A. zu zahlen. Da die Unternehmer sich auch hierauf nicht einließen, kündigten die Gesellen 38 A. Arbeitsverhältnis. Die Kündigung ist am 4. Mai abgelaufen und dürfte die Arbeit am Montag nicht wieder aufgenommen worden sein.

Neht anspruchlos können unter Umständen die Leiter öffentlicher und königlicher Bauten sein. In Rhenig, das im Lezhiner Kreisgebiet liegt, ist auf einem königlichen Bau neben neun Lezhurbürgern ein einziger Geselle beschäftigt, das ist aber auch ein „Sofmaurer“, d. h. einer der in gewöhnlichen Zeiten auf den Gutsböden die Mattenbühnen dicht macht und sonstige Färdarbeiten ausführt. Wir glauben kaum, daß die Maulschlinge zu anderen Zeiten mit dieser Bezeichnung des Wauers einverstanden wäre; im Streit aber wird nicht nur ein, es werden beide Augen geübert. Ein anderer Unternehmer hat sich zwei Maurer engagiert, die schon Jahre lang beim Bauern gedient haben. Die Mehrzahl der Streikenden ist abgereist.

In Randsberg a. d. W. sind am 2. Mai sämtliche Gesellen ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, einen von den Unternehmern festgesetzten Betrag, der gegen die bisher gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentliche Verschlechterungen aufwies, zu unterschreiben. Bisher bestand ein Minimalstundenlohn von 37 A., die „Meister“ hielten dafür 80-87 A., während die Gesellen 45 A. gefordert hatten. In Betracht kommen bei der Aussperrung ungefähr 800 Kollegen.

Der Streit in Sauerbenthal ist insofern in ein für die Gesellen günstigeres Stadium getreten, als bereits drei Unternehmers für dieses Jahr die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 38 A. bewilligt haben mit der Zusage, im nächsten Jahre 40 A. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zahlen zu wollen. Ein vierter Unternehmer hat die Forderung ebenfalls bewilligt, nur weigert er sich, den Betrag zu unterschreiben. Der Streit dürfte bald zu Gunsten der Gefellen beendet sein.

Der Schluß der Redaktion geht uns die telegraphische Nachricht zu, daß der Streit zu Gunsten der Gefellen beendet ist. In Lissa (Posen) wurden 43 Kollegen ausgesperrt, weil sie für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen agitirten. Da die Unternehmer sich damit brühten, die Aussperrten sollten das ganze Jahr nicht wieder in Arbeit gestellt werden, und auch sonst auf einen Ausgleich nicht zu hoffen war, drehten die Kollegen den Spieß um und legten alleammt die Arbeit nieder. Beschäftigt waren 150 Maurer und 59 Zimmerer, davon organisiert 197, und 31 Partiere, wovon 5 organisiert. Die Arbeitsniederlegung soll einmüthig erfolgt sein.

Zehnstündige Arbeitszeit und 35 A. Stundenlohn fordern unsere Kollegen in Striegau. Die Unternehmer waren schnell fertig mit dem Wort, indem sie erklärten, nichts zu bewilligen. Daraufhin sind die Kollegen am 30. April in den Streit eingetreten. Auf einer Fabrik (die Fabrikation baut in eigener Regie) arbeiten 13 Kollegen schon längere Zeit zehn Stunden; die Lohnrehöhung hat der Fabrikleiter versprochen. Einige Partiere, die mit Lezhurbürgern weiter arbeiten sollten, haben die Arbeit gleichfalls eingestellt. Ein Unternehmer aus Jauer will eine größere Anzahl Streikende in Arbeit nehmen.

Aus Halle ist Neues nicht zu berichten. Die Zahl der Streikbrecher ist in den letzten Wochen stabil geblieben, es stellt sich aber immer mehr heraus, daß die Mehrzahl derselben recht zweifelhafte Elemente sind. Die Unternehmer dürfen noch recht lange an diese „Arbeitswilligen“ denken, aber mit Schauern. Der Streit in Cölbe scheint für die Gesellen recht günstig zu stehen, denn das „Löcher Wodensblatt“ nimmt Veranlassung, zum Frieden zu mahnen und zwar in recht durchsichtiger Weise. Es schreibt nämlich:

Der Streit der hiesigen Verbandsmaurer scheint wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Die meisten der Streikenden haben Stellung nach außerhalb genommen, so daß sowohl für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur Annehmlichkeiten entstanden sind, unter denen das bauende Publikum am meisten zu leiden hat. Es wäre im Interesse Aller nur zu wünschen, daß eine Einigung zwischen beiden Parteien recht bald erfolge. Die Unternehmer brauchen ja nur die ganz geringen Forderungen der Gefellen zu bewilligen, dann werden sie die bedrückenden Unannehmlichkeiten sofort erludigt sein. Und wenn das bauende Publikum sich ebenfalls durch den Streik bedrückt fühlt, so dürfte ein „sanfter Druck“ auf das Unternehmertum wohl genügen, um es zum Nachgeben zu bewegen. Die Gesellen sind ihrerseits schon seit Jahren an größere Unannehmlichkeiten gewöhnt, als je gegenwärtig zu tragen haben. Sie haben also gar keine Ursache, durch Zurückziehen ihrer Forderungen den Unternehmern und Bauherren folgenlose Tage zu bereiten.

Aus „nichtigen Gründen“ haben nach Ansicht der Solinger Baugewerksmeister die hiesigen Maurer die Arbeit eingestellt, und darum verbleiben eben diese Meister schwarze Listen an ihre Mitarbeiter in Deutschland, worauf die Namen von 65 Mauern und 54 Handlangern dergestalt sind. Die „nichtigen Gründe“ der Maurer sehen die folgt aus: Die Unternehmer kürzten den Stundenlohn um 5-10 A. und verlangten, die Gesellen und Arbeiter sollten statt 10 wieder 11 Stunden arbeiten. Vor etwa drei Jahren wurde nach mehrfachen Verhandlungen und unter Hinzuziehung des Oberbürgermeisters die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden vereinbart und der Durchschnitts-Stundenlohn auf 47 A. festgesetzt. Und da sage noch Einer, daß es keine vortheilhaften Unternehmer giebt.

In recht prägnanter Weise stellt sich das Unternehmertum in Mainz auf. Nicht genug damit, daß die Lohnkommissionsmitglieder gemahregelt wurden, beschloßen die Unternehmer auch noch, von ihren Partieren den Austritt aus dem Verbände zu verlangen. Am Montag, 29. April, fand eine Versammlung unserer Kollegen statt, in welcher beschloßen wurde, in den obzweckenden Differenzen das Gewerbegericht als Einigungsamt sowie die Vermittelung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Gagner anzunehmen. Aber die Unternehmer in Mainz waren in Kriegsstimmung, sie wollten den Frieden mit ihren Gefellen nicht. Sie lehnten das Einigungsamt ab, indem sie folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Oberbürgermeister Dr. Gagner, richteten:

Auf das gefällige Schreiben vom 30. d. M. beehren wir uns ergeben zu erwidern, daß der Vorstand der Bauunternehmer und Maurermeister von Mainz die Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt in den Lohnstreitigkeiten mit den Mauern von Mainz keinesfalls für unmöglich hält und sich unmöglich einen eventuellen Schiedspruch unterwerfen könnte, der von außerhalb unseres Gewerbes stehenden Männern gefällt werden müßte, weil alle mit den Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten, als bei der Sache beistehend, nicht als Weisler zugezogen werden können.

Eine Einigung mit den Mauern könnte nur herbeigeführt werden auf der Basis der bisherigen Löhne unter Wiedereinführung der Affordarbeit, da die jetzige Geschäftslage unter keinen Umständen eine Erhöhung der Löhne zuläßt.

Wir sind bereit, mit einer Abordnung, welche aus Maurern besteht, die bereits längere Zeit in unseren Betrieben beschäftigt sind, in Unterhandlung zu treten, um auf dieser Grundlage eine Einigung zu erzielen.

Wir bitten Sie, von diesen Beschlüssen den Maurern Kenntnis zu geben und zu zeichnen.

Der Verband der Bauunternehmer und Maurermeister. O. Hauswald, Vorsitzender. Clemens Mühl, Schriftführer.

Angeht die Situation, so ist ein Streit unvermeidlich. In einer am Freitag, den 3. d. M., stattgefundenen, von circa 900 Kollegen besuchten Versammlung war denn auch die Stimmung allgemein dafür, daß der von den Unternehmern in so frivoler Weise den Gesellen hingeworfene Fehdehandschuh aufgenommen und die Arbeit am Sonnabend niedergelegt werden müsse.

Die Beschlüsse der Versammlung sind folgende: 1. Der bisherige Paktus 14 wird gestrichen und dafür eingeschoben: Im Herbst 1902 hat eine neue Verhandlung stattzufinden zur Besprechung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Folgezeit. Die Bürgermeisterei wird für die Einleitung der Verhandlung Sorge tragen. 2. Die Lohnkommission wird in Arbeit gestellt. 3. Die Parlieren treten aus dem Verband aus.

In derselben gingen die Unternehmer auf diese Bedingungen ein und eine später stattgefundene Versammlung sanktionierte den Vertrag. Die Lohnbestimmung hat damit ihren Abschluß gefunden. Aus Wilhelmshafen liegen jetzt genaue Mitteilungen über den Umfang der Lohnbewegung vor. Danach arbeiten vor Ausbruch des Streiks bei 45 Bauunternehmern 376 Gesellen, 86 Parlieren, 88 Lehrlinge und 197 Bauhilfsarbeiter.

Der Arbeitsvertrag im Berliner Maurergewerbe.

Wie bekannt, haben die zentralorganisierten Maurer den von dem Einigungsamt des Gemeindegewerks gefällten Schiedsspruch angenommen, während er von den Sozialisten abgelehnt wurde. Der „Vorwärts“ brachte hierauf eine Notiz folgenden Inhalts:

Wie uns mitgeteilt wird, tritt der Zentralverband der Maurer durch seine Abstimmung der Verlängerung des Vertrages bei, da der Beschluß für 3/4 der im Vertragsgebiete arbeitenden Maurer als Mitglieder der Organisation maßgebend ist.

Die Sozialisten haben hiergegen Einspruch erhoben, indem sie behaupten, daß unter den Vorständen der beiden Organisationen vereinbart worden sei, daß die Abstimmung über den Schiedsspruch in getrennten Versammlungen stattfinden, das Abstimmungsergebnis aber zusammengefaßt als ein Ganzes gelten sollte.

Die Berliner Verbandsleitung erklärt hierauf: Es ist unwichtig, daß in einer Vorstandssitzung beider Organisationen eine Vereinbarung stattgefunden hat, nach der das Abstimmungsergebnis beider Versammlungen zusammengezogen werden sollte.

Das Zusammenziehen der Stimmen, welches Kollege sehr beliebt anzuwenden, ist wohl rechnerisch richtig, entspricht aber in keinem Fall den tatsächlichen Verhältnissen.

Wichtig ist, daß die Verbandsorganisation den Vertrag angenommen und die Sozialorganisation denselben abgelehnt hat. Da die Sozialorganisation nur circa den vierten Teil der im Vertragsgebiete organisierten Maurer darstellt, so können wir nicht ersehen, woher erlere ein Recht herleiten könnte, bestimmend auf einen Beschluß einzuwirken, dessen Konsequenzen in letzter Linie doch nur der Zentralverband der Maurer zu tragen gezwungen wäre.

Wir begründen uns darauf, zu bemerken, daß die Verbandsleitung unseres Erachtens ganz korrekt handelte. Wenn die Sozialisten durch ihre Abstimmung in eine etwas schlechte Lage gekommen sind, so haben sie sich dies nur ganz allein zuzuschreiben. Sie sind im Voraus auf die Gefahren, die eine etwaige Ablehnung des Schiedsspruches nach sich ziehen würde, aufmerksam gemacht worden, sie wollten aber, besserer Einsicht nicht fähig, mögen sie jetzt auch die Konsequenzen tragen.

Der Arbeitsvertrag ist nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ nunmehr vom Zentralverband der Maurer unterzeichnet, von den Unternehmern gegenseitig. Den Arbeitern werden Arbeitszeit und -breite erweitert, die eine schriftliche Anerkennung der Vertragsbedingungen enthalten. Da die Sozialorganisation die Vertragsabstimmung abgelehnt hat, wird die Arbeiterkommission, die neun Mitglieder aus Arbeiterkreisen stellen muß, von dem Zentralverband der Maurer befreit werden.

Die Lohnklausel.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden beabsichtigt, an das sächsische Finanzministerium eine Petition um Einführung der Lohnklausel in die abzuschließenden Bauverträge zu richten. Wir lassen das interessanteste Schriftstück hier wörtlich folgen. Es lautet:

An das hohe königliche Finanzministerium. Der ergebene unterzeichnete Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Dresden gestattet sich in Bezug auf eine in die Bauverträge aufzunehmende Lohnklausel nochmals bei einem hohen Ministerium vorstellig zu werden und wagt es um so eher, als ein hohes Ministerium in dem dem unterzeichneten Vorstand unter dem 20. Dez. vorigen Jahres gefassten Antwortschreiben ausdrücklich hervorgehoben hat, daß es die Bestrebungen des Verbandes, geordnete Lohnverhältnisse herbeizuführen, nur billigt und auch geneigt ist, diesen Bestrebungen, soweit angängig, Vorschub zu leisten.

Der Arbeitgeberverband ist hinsichtlich noch lange nicht so stark, daß er einen ganz und gar bestimmenden Einfluß auf die Lohnhöhe ausüben könnte. Tatsächlich liegen die Verhältnisse jetzt so, daß die Mitglieder des Verbandes die Löhne in der Höhe, wie dieselben 1899 und 1900 bestanden haben, fortgesetzt, während die außerhalb des Verbandes stehenden Unternehmer die Löhne reduziert haben; die jetzt geringe Nachfrage nach Arbeitskräften macht es nun den Arbeitern unmöglich, aus eigenen Kräften diese lohndrückenden Unternehmer zu sterren, ja die Arbeiter sind schwach genug, sich selbst zu billigeren Lohnsätzen anzubieten, also selbst die Hand zu bieten zur Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Von den nicht im Verband befindlichen Unternehmern werden solche Verhältnisse natürlich ausgenutzt. Es steht ohne Weiteres fest, daß die Löhne bis jetzt noch viel erheblicher Reduktionen erfahren haben würden, hätte nicht der Verband seine Mitglieder auf's Strengste verbindlich gemacht, alle Lohnreduktionen zu unterlassen. Naturgemäß sind dadurch die Verbandsmitglieder außerhalb stehenden gegenüber im Nachteil. Die Verbandsmitglieder nun, die große Ausführlungen haben und die alten Löhne fortsetzen müssen, werden dadurch, daß die außerhalb stehenden niedrige Löhne zahlen, unrentabel und die Folge wird eine Schwächung des Verbandes sein, der und Jener wird austreten wollen. Abmildungen sind hinsichtlich schon erfolgt. Die Bestrebungen des Verbandes, geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen, werden also hauptsächlich durch den Erwerb der Lohnklausel erreicht.

Es ist daher ohne Weiteres klar, daß ohne nachdrückliche Unterstützung derjenigen Bauverker, die die meisten Arbeiten in der jetzigen Zeit ausführen, und das ist Staat und Stadt, der Arbeitgeberverband nicht in der Lage ist, den Lohn für die Bauarbeiter auf der jetzigen Höhe zu erhalten.

Das obere Lohngesetz, Angebot und Nachfrage regeln die Lohnhöhe, wird sich durchgehends Geltung verschaffen, und wenn nicht größere Bauhäufigkeit eintritt, werden Lohnverhältnisse eintreten, die denen am Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre glichen.

Der Arbeitgeberverband ist nun der Meinung, daß das obere Lohngesetz in Hinsicht auf unsere heutigen sozialen Verhältnisse durchaus fern gehalten werden muß, man muß aufhören, die menschliche Arbeitskraft als Waare zu betrachten.

Lohnlisten in die Bauverträge und Baubedingungen aufgenommen, die klar ausprechen, daß der Unternehmer, der die bedeutenden Löhne nicht zahlen, den Auftrag verliert. Man hat damit in diesen Ländern ganz handgreifliche Erfolge erzielt. Die für Staatsbauten festgesetzten Löhne sind ganz selbst auch in den Privatunternehmungen maßgebend geworden.

Die Art der Festsetzung der Löhne, die meist so herbeigeführt wird, daß unter Vorherrschaft eines Staatsbeamten die Löhne von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gemeinschaftlich für den betreffenden Bezirk (Stadt oder Kreis) jedes Jahr neu festgesetzt werden, hat dazu geführt, daß Streitfragen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer häufiger auf dem Wege des Vertrages und der freien Vereinbarung erledigt worden sind.

Die Streiks sind dadurch vermindert worden, was beweist England, wo im Jahre 1900 Lohnveränderungen im Betrage von mehr als 10 Millionen Mark von den Arbeitnehmern erlangt worden sind, die uns interessierenden Bauarbeiter z. B. M. 1.90 bis M. 2. pro Kopf und Woche durchschritten. Diese Lohnveränderungen sind zu 95 pSt. durch freie Vereinbarung und nur 5 pSt. durch Streiks erreicht worden.

Der ergebene unterzeichnete Vorstand gestattet sich nun die Bitte: Das hohe königliche Ministerium wolle bei den nächsten Bauverdingungen in die Verträge zunächst derseits eine Lohnklausel aufnehmen, durch welche der Unternehmer verpflichtet wird, einen bestimmten Lohn zu zahlen.

Für die Ausführung dürfte es sich empfehlen, in der Weise zu verfahren, daß zunächst der Lohn für Maurer, Zimmerer und Bauhandwerker festgelegt wird, welchen der betreffende Unternehmer mindestens zu zahlen hat. Mit der Festsetzung kann, wenn man nicht ohne Weiteres die vom Arbeitgeberverband festgestellten Löhne annehmen, der Gewerbetreibende beauftragt werden, dem das unter Zurückziehung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbestimmungen aus den betreffenden Berufstreffen keine großen Schwierigkeiten machen wird.

Die der Mindestlohn durch gemeinschaftliche Beratung dieser Organe auf bestimmte Zeit festgesetzt, so kann das hohe Ministerium in verschiedener Weise verfahren. Entweder die so festgesetzten Mindestlöhne werden einfach vorgeschrieben oder in jedem Verdingungsschlag ist seitens der Unternehmer eine Lohnliste auszufüllen, die er dann der Ueberschreibung des Auftrages so einzuhalten hat, wie jede andere Vertragsbestimmung. Bleibt eine solche ausgefüllte Lohnliste unter dem festgesetzten Mindestlohn, so ist die betreffende Offerte keinesfalls zu berücksichtigen.

Der unterzeichnete Vorstand giebt sich keineswegs der Hoffnung hin, daß durch ein derartiges Verfahren alle Lohnunterschiede beseitigt werden, es sieht aber zu erwarten, was das auch durch die Erfahrung in den oben genannten Ländern erreicht ist, daß viel Streit dadurch vermieden wird, sowie daß die Scheidertrennung in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sich durch Lohnreduktionen breit macht, niedrigeren wird.

Einer wohlwollenden Prüfung und recht baldigen Verantwortung der vorgelegten Witten entgegengehend, verbleiben in größter Hochachtung ganz ergeben.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Dresden, gez. Ernst Rodak, Vorsitzender.

Die Petition kommt am Mittwoch, den 8. d. M., in der Versammlung des Unternehmerverbandes zur Beratung. Ob sie von den Kollegen des Herrn Rodak angenommen werden wird, steht noch dahin. Jedenfalls ist der Versuch des Vorstandes des Unternehmerverbandes, die Löhne der Arbeiter auch in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges sicher zu stellen, recht anerkennenswert und nicht ohne Nutzen ab von der oben Gezeigte des Oberstaatsanwaltes im Baugewerbe, des bekannten „Dintel Felsch“ in Berlin. Daß die Unternehmer überkampt dazu kommen, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, ist ein Erfolg, den die Arbeiterorganisationen getrost auf ihr Konto legen dürfen.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Seid einig!

(Anematis: Worte eines Gläubigen.)

Wenn ein Baum einzeln steht, wird er von den Winden gerüttelt und seine Blätter herabst; und seine Zweige, statt sich zu erheben, senken sich, als suchten sie die Erde.

Wenn eine Pflanze einzeln steht, verschmacht sie und verdorret und stirbt, denn sie findet keinen Schutz gegen die Hitze der Sonne. Wenn der Mensch allein ist, heugt ihn der Wind der Macht zur Erde nieder und die sengende Wechtheit der Großen dieser Welt verzehrt den Geist, der ihn ernährt. Seid also nicht wie die Pflanze und wie der Baum, die allein stehen, sondern vereinigt Euch und unterstützt Euch und schüzt Euch wechselseitig. So lange Ihr uneinig seid und Jeder nur an sich denkt, habt Ihr nichts als Leiden und Jammer und Unterdrückung zu hoffen.

Was ist schwächer als ein Sperling und mehrlos als eine Schwalbe? Doch wenn der Raubvogel erscheint, sind die Sperlinge und Schwalben stark genug, ihn zu verzagen, indem sie sich um ihn versammeln und ihn alle zugleich verfolgen. Nehmet ein Beispiel am Sperling und an der Schwalbe. Wer sich von seinen Brüdern trennt, dem folgte die Furcht, wenn er geht, sie setzen sich um ihm, wenn er erkrankt, und selbst in seinem Schummer berläßt sie ihn nicht.

Darum, wenn man Euch fragt: Wie viele seid Ihr? antwortet: Wir sind eins; denn unsere Brüder, das sind wir, und wir, das sind unsere Brüder.

Agitationsbericht.

Im Auftrage der Agitationskommission Stuttgart trat ich am 14. April eine kleine Agitationsstour an und sprach am Abend desselben Tages in einer mäßig besuchten Versammlung in Feuerbach. Die Kollegen am dortigen Plage schienen der Ansicht zu sein, daß es für sie überhaupt keinen Wert hat, sich zu organisieren und in die Versammlungen zu gehen. Wonders die Kollegen vom Lande, die in Feuerbach arbeiten, scheinen der städtischen Ansicht zu sein, daß sie billiger arbeiten können als der Stadtmaurer, weil sie etwas Land besitzen. Und doch sind auch sie nicht auf Rosen geteilt. Von dem Ertrag ihres Landes Winnen sie allein nicht leben, von ihrem Verdienst

als Maurer aber auch nicht. Beide Einkommen aufzunehmen be-
fähigen sie aber, etwas besser zu leben, als die Stadtmaurer.
Daher kommt es denn auch, daß sie sich für die Organisation
nicht kümmern und geistig verflumpen, wodurch sie ein Spielball
in den Händen der Unternehmer und ein Hindernis werden für
die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. 7 Kollegen erklärten
sich bereit, die Verbandsbeiträge weiter zu bezahlen; sie wollten
sich dem Vereinigen Stuttgart anschließen. Die Bauhätigkeit
ist als mittelmäßig zu bezeichnen.

Am 15. April fand in Stuttgart eine ziemlich gut
besuchte Versammlung statt. Der Besuch wäre jedenfalls ein
besserer gewesen, wenn es nicht den ganzen Tag geregnet hätte.
Die Bauhätigkeit verpricht eine gute zu werden. Hoffentlich
gelingt es den Stuttgarter Kollegen, ihre Berufsgenossen von
dem Bande mit zur Demagogie heranzuziehen. Dann wird
es ihnen auch möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen
sowie bessere Sühnbuchungen auf den Bauten für sich zu
erringen. Es liegen für die Kollegen in den Verbänden aufzu-
nehmen.

In Cannstatt war die Versammlung nur mittelmäßig
besucht, was wohl auf die schlechte Witterung zurückzuführen ist.
Drei Kollegen ließen sich aufnehmen. Die Bauhätigkeit ist, als
mittelmäßig zu bezeichnen.

Eine gut besuchte Versammlung fand am 17. April in
Heilbronn statt; besonders waren die Italiener sehr stark
vertreten. Sie erklärten, am Samstag ihren Eintritt in den
Verband vollziehen und noch mehrere Kollegen mitbringen zu
wollen. Wenn deutsche und italienische Kollegen gemeinsam vor-
gehen, wird es ihnen bald gelingen, bessere Zustände für unser
Gewerbe am Orte zu schaffen, zumal die Bauhätigkeit eine
äußert rege ist.

Auch in Göttingen war die Versammlung sehr zahl-
reich besucht, besonders von Italienern. Nach mir sprachen zwei
italienische Redner, welche ihren Kollegen das Gehörte in ihre
Muttersprache überetzten. Unsere Ausführungen wurden mit
großem Beifall aufgenommen. Es wurde dann allgemein ge-
sagt über die vielen auf den Bauten vorhandenen Mängel.
Besonders für die Zustände in Göttingen ist es, daß fast auf
keinem Bau Aborte vorhanden sind. Da die Italiener ver-
sprachen, der Organisation beizutreten, so ist, wenn sie ihr Wort
halten, Hoffnung vorhanden, daß die Organisation bald so er-
starken wird, daß mit ihrer Hilfe die Mängel beseitigt werden
können und ein besserer Arbeiterlohn eingeführt wird.

In Ulm konnte eine Versammlung nicht stattfinden, da die
etwa 40 anwesenden Kollegen durch Abwesenheit kranken und die
etwa 200 auswärtigen Kollegen jeden Samstag zu Hause reisen
und erst am Montag zu ihrer Arbeitsstätte zurückkehren. Diese
Kollegen sollen sich der Organisation sehr geneigt zeigen, und da
die Bauhätigkeit in Ulm eine sehr rege zu werden verpricht,
so darf mit der Agitation nicht getagt werden. Es wird
möglich sein, die Organisation leberstätig zu machen, wenn
nur die Stuttgarter Kollegen etwas kräftig zugreifen.

Mit Ulm endete meine Agitationsreise. Wenn auch die
Versammlungen durchgängig nicht gut besucht waren, so sind
die Erfolge doch fast allgemein als sehr gut zu bezeichnen;
besonders sind viele italienische Kollegen der Organisation zu-
geführt worden. Wie dies ein Vorzeichen sein für die deutschen
Kollegen, unermüßlich für die Ausbreitung und Erhaltung
des Verbandes zu wirken.

Wies Bad, München.

Am 28. April fand in Wertheim eine Mitglieder-
versammlung statt, in welcher Franz Hartl aus München einen
Bericht hielt über „Die Krise im Baugewerbe“. Wie groß
die Arbeitslosigkeit ist, bewies Redner durch einige Zahlen aus
München. Danach sind in München die Kollegen im letzten Winter
8-9 Wochen arbeitslos gewesen und gegenwärtig ist die Arbeits-
losigkeit noch sehr groß. Die Kollegen in Norddeutschland liegen
aber trotzdem den Muth nicht sinken. Dank ihrer fröhlichen Organi-
sation sind sie stets bereit, den Unternehmern Trost zu bieten, wenn
sie es mögen, mit Lohnreduktionen vorzugehen. Auch die hiesi-
gen deutschen Maurer müßten sich aufpassen und sich mit den nord-
deutschen Kollegen solidarisieren, sie hätten allen Grund
dazu. In Bayern sei auch schon manches Gute durch die
Organisation, hauptsächlich in Bezug auf Beseitigung der Mängel
auf Bauten geschaffen worden. Durch die Bautenkontrolle
sei wenigstens bewirkt worden, daß unser höchstes Gut, unser
Leben und unsere Gesundheit, besser geschützt werde als dies
früher der Fall war. Redner erwähnte die Anwesenden, sich
einmal aufzurufen aus dem Schlaf und dem alten Stumpfsinn
und ungeachtet derjenigen Weg zu betreten, der uns zu einem
besseren Ziele führt. Wenn auch nur Wenige zur Versammlung
erschienen waren, doch seien sie hoch zu begrüßen, was über-
haupt für uns von Wichtigkeit ist. Jeder ist wieder neu gefährt
wird für einen Kampf. Es war auch wieder möglich, eine
vollständige Verwaltung zu wählen. Ferner ließen sich vier
Mann in den Verband aufnehmen. Auch die noch nicht Wei-
getretenen sind mit dem Verprechen vor dem Gange, ge-
fleißig zu agitieren und sich bei passender Gelegenheit auch als
Mitglied aufnehmen zu lassen und die Helfer und Verleumder
gegen uns einfach auf eine Versammlung zu verweisen und
dort ihr unechtes Maßwerk vorzuführen. Am Schluß wies
der Redner noch darauf hin, daß ja keiner glauben dürfe, durch
Erzielung eines höheren Lohnes würden die Meister zu Grunde
gerichtet, das Gegenteil sei der Fall. Besondere Anerkennung
find wir den Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins schuldig
für ihr thätigstes Entgegenkommen. Hier bewährte sich
wieder der Spruch: Einigkeit macht Kraft. Jetzt findet jeden
Sonntag nach dem Gottesdienst im Vereinslokal Zusammen-
kunft statt. Möge unser Verband dorthin schreiben zum Nutzen
und Wohle der ganzen Bevölkerung.

Am 28. April fand im Gasthause „Walhof“ in Breslau
eine gut besuchte Versammlung statt. Zunächst wurde
das Andenken der drei verstorbenen Mitglieder Winter, Strecker
und Emad Seibel in der üblichen Weise gelebt. Sodann
wurde mitgeteilt, daß in der ersten Verhandlung mit den
Unternehmern betreffs Regulierung des Arbeitsvertrages kein
Resultat erzielt werden konnte und weitere Verhandlungen noch
nicht stattgefunden hätten. Den Kassendirektor vom ersten Quartal
erhielt Kollege Finckh. Die Einnahmen inkl. Kassenbestand
betragen M. 2098,15; die Ausgaben M. 1816,41 (M. 688,25 für die
Spendenkasse). Der Kassendirektor beträgt mitteln M. 281,74. Dem
Kassierer wurde Bescheid erteilt. Hierauf erstatteten die Kollegen
Wöhrer und Hildebrandt Bericht vom Mainzer Verbandstage.
Mit besonderem Dank wurde das liebevolle Entgegenkommen
der Mainzer Kollegen, die das der Verbands gebührt. Wie ein
Märchen klang es uns, daß die Stadt ihren größten Saal zur
Empfangsfeierlichkeit hergegeben, ebenso, daß den Delegierten
in's Museum (wo sonst der Eintrittspreis 50 % beträgt) freier

Eintritt gewährt wurde. O glückliches Mainz! Die Bericht-
erstattung wurde nicht zu Ende geführt und steht der wichtigste
Teil noch aus, dessen Beilegung in der nächsten Versammlung
stattfinden wird. Eine recht erhellende Tatsache können wir
bekannt geben. Im scharfen Wettkampf in Breslau, leuchtet
es aus. Es ist uns (Partei der Gewerkschaften) gelungen,
das „Deutsche Theater“ früher „Konordia“, Margaretenstr. 17,
auf fünf Jahre zu pachten. Es gibt jetzt also ein „Bres-
lauer Gewerkschaftshaus“. Was das bedeutet,
werden am besten die Kollegen erkennen können, die selbst unter
Lohnmangel zu leiden haben, sie werden auch so recht unsere
herzliche Freude nachfühlen können. Daß es für Breslau noch
wichtig ist, je mehr und mehr hervorzutreten, zu jeder
Frage Stellung zu nehmen, beweisen wieder die letzten Vor-
gänge. Die ungerichte Schlichtungssteuer wird durch Beschluß des
Stadtparlaments vom 25. April auf weitere drei Jahre be-
stehen. Welche Argumente für die Weibehaltung gebracht
wurden, mögen folgende Ausführungen des freisinnigen
Breslauer Stadtratsordnen Nathanaelmeisters Simon, zweiter
Vorsitzender des Arbeitervereins für das Baugewerbe in
Deutschland, charakterisieren. „Mehr als die Schlichtungssteuer, be-
zahlt der Arbeiter für Agitation“. Der sozialdemokratische
Stadtratsordnenet wird nur durch Abschaffung der Steuer eine
Erhöhung der Stundensöhne um 1/3 herbeiführen! „Trotz
der Schlichtungssteuer. Tausende Saisonarbeiter nach
Breslau“, usw. usw. Eine Protestresolution von 1600 Ver-
sammler betrachte er als „gemacht“. „Wiesheit wird Herr
Simon in Zukunft recht oft und viel „Gemacht“ zu hören
und zu sehen bekommen. Eine Stille, uns anzusprechen,
haben wir jetzt. Also, Kollegen von Breslau, sorgt dafür, daß
auch alle Verammlungen voll besucht sind; in Breslauer
Gewerkschaftshaus muß ein Leben sein wie bei einem Amsen-
hausen. Unser Verbandsbureau soll sobald wie möglich nach
dem Arbeiterheim verlegt werden; ebenso sollen die Zahlungen,
die bisher in „Kathen Bienen“, Kupferstraße 26, statt-
gefunden haben, in Zukunft im Gewerkschaftshaus vollzogen
werden. Ein Antrag des Kollegen Finckh, Todesannoncen
nur von den Mitgliedern, die mindestens ein Jahr dem Verband
angehören, in Arbeiterblatt („Volkswacht“) zu veröffentlichen,
wurde akzeptiert, ebenso der Antrag, dem Kollegen Wöhrer,
Vorsitzender der Zählstelle, die Invaliditätsmarke seit seiner
festen Anstellung nachzugeben. Nachdem noch Kollege Paul
Barisch die Kollegen aufgefordert, recht zahlreich dem „Gesang-
verein Breslauer organisierter Maurer“ beizutreten, wurde mit
einem dreifachen Hoch auf unseren Verband die Versammlung
geschlossen.

Am Donnerstag, den 25. April, fand in Eibenitz eine
öffentliche Maurerverammlung im Salsale des Herrn Klein
statt. Dieselbe war von 200 Kollegen besucht. In einem
1 1/2 stündigen Vortrag referierte Kollege Schulz-Berlin über
„Lohnlaberei und freie Arbeit“, wofür ihm großer Beifall zu
Theil wurde. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.
Ferner wurde einstimmig beschlossen, den Weltfeiertag des Pro-
letariats durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehen und die Kollegen
erucht, sich zahlreich an der Versammlung zu beteiligen.
Hierauf wurde eine Lohnkommission gewählt. Zum Schluß
ernannte der Vorsitzende die Kollegen, sich mehr auf der politischen
Bewegung anzuschließen und Mann für Mann auf den „Vor-
wärts“ zu abonnieren.

Die Zählstelle Düsseldorf hat am 6. April eine Statistik
aufgenommen, die folgenden Resultat ergab. Es wurden bei
42 Unternehmern 116 Bauten ermittelt. Davon waren 12 Um-
bauten, 21 waren im Hochbau fertig, 14 bis zur dritten Etage,
10 bis zur zweiten Etage, 28 bis zur ersten Etage, 20 bis
Barriere, 18 bis Sockelhöhe und 18 waren ausgeglichen.
Beschäftigt wurden an diesen Bauten 67 Gesellen, 91 Barriere
und 17 Lehrlinge. Die Löhne konnten nur bei 609 Gesellen
festgestellt werden, die übrigen 198 verweigerten die Auskunft.
Es erhielten 401, 49, 4, 2, 50, 4, 143, 52, 8, 56, 3, 2 Gesellen-
Löhne 24 Bauten wurde die 1/2 stündige Mittagspause nicht inne-
gehalten, somit länger als 10 Stunden gearbeitet. Diese Bauten
wurden größtenteils von Innungsmeistern ausgeführt. Diese
Zusammenfassung zeigt recht deutlich, daß auch hier die Unternehmer
es verstanden haben, die Löhne zu reduzieren — trotzdem die
Ausgaben von Tag zu Tag steigen und die Unternehmer wohl
wissen, daß infolge des langen und harten Winters die Maurer-
kräfte einmengen, wohl aber Ausgaben gehabt haben. Die in
der freien Bauverwaltung organisierten Unternehmer — und das
ist die Mehrheit — haben in der Sitzung am 5. Februar dem
Gesellenausschuß gegenüber die Erklärung abgegeben, den
bis her gegänglichen Lohn weiter zu zahlen. Der
Antrag des Gesellenausschusses, den Lohn zu erhöhen, wurde
einstimmig abgelehnt. Wenn es in dem gedruckten vorliegenden
Protokoll vom 6. Februar heißt: die Innungsmitglieder ver-
pflichten sich, der bisher üblichen Stundenlohn
auch in diesem Jahre weiter zu zahlen, so liene
den Herren Innungsmeistern folgende Statistik vom 18. Juli 1900
zur Aufklärung. Es erhielten Stundensöhne: 42, 4, 2, 44, 1,
45, 4, 30, 46, 31, 47, 4, 22, 48, 4, 41, 49, 4, 4, 50, 4, 393,
52, 4, 57, 56, 4 (Samalbau) 22, 57, 4 (Samalbau) 8 Gesellen.
Wenn also die Herren diese Zusammenstellung einmal mit der
vom 6. April d. J. verglichen wollen, so werden sie wohl zu-
geben müssen, daß es mit dem Galten von Verpflichtungen
windigkeitsfrei. Auch nach jederzeit der Beweis erbracht werden,
daß gerade bei den Innungsmeistern der niedrigste Lohn gezahlt
wird. Die Herren Meister werden also nun wohl sehr bald den
zu Unrecht abgegangenen Lohn wieder zahlen, damit wir bei
der nächsten Statistik konstatieren können, daß sie ihr Versprechen
auch halten.

Am 21. April d. J. hielt die Zählstelle Duisburg ihre
regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Von den 220 am Ort
organisierten Maurern waren nur 60 erschienen. Im Ver-
sammlungsbericht sind die hiesigen Kollegen überhaupt sehr kurz
und besonders jetzt, wo die Unternehmer mit Lohnabgaben in erster
Linie vorgehen. Aber diese hiesigen Kollegen scheinen überhaupt
eine große Angst vor den Unternehmern zu haben und möchten,
wenn es die Bauprognen gemalt würden, daß sie Ver-
sammlungen besuchen, nicht gerne gemagt werden; aber sie
sollten doch bedenken, daß ihnen eine große Macht, die Organi-
sation, zur Seite steht. Darum kann man das Verhalten
dieser Kollegen garnicht genug tadeln. Die aus ihrer Heimath
zurückkehrenden Schlichter scheinen es zum großen Theil garnicht
für nötig zu finden, sich hier anzumelden. Kollege Rahl
erstattete Bericht über den letzten Verbandstag zu Mainz und
hielt über die wichtigsten Punkte einer 1 1/2 stündigen Vortrag.
Er machte den Kollegen begreiflich, wie nämlich die Organi-

ation ist und wie groß die Fortschritte sind, die der Verband
jetzt macht. Am Schluß des Vortrages hat der Redner die
Kollegen, sie möchten sich ein Protokoll von dem diesjährigen
Verbandstag zulegen. Sodann erstattete der Kassierer Bericht
über den Kassendirektor. Im Punkt „Arbeitslohn“ wurde beschloffen,
hier am Orte eine Statistik über Arbeits- und Lohnverhältnisse
aufzunehmen, die bekanntlich die Unternehmern 2-6 % Lohn-
abgabe gemacht haben. Auf das Protokoll der Maurer
haben die Unternehmer überhaupt nicht geantwortet. Darum
sollten sich die Kollegen aufpassen und sich die Statistiken der
Unternehmer nicht gefallen lassen und dazu gehört eine starke
Organisation. Sodann wurde noch ein Schreiben der sich im
Streit befindenden Solinger Kollegen vorgelesen.

Eine öffentliche Maurerverammlung lagte am Sonntag,
den 28. April, in Gera im „Gasthaus zum Adler“. Zunächst
hielt Kollege Jacob Leipzig einen mit lebhaftem Beifall auf-
genommenen, sehr lehrreichen Vortrag über: „Die Bedeutung
der Gesellenausschüsse“, in welchem er deren Zweck im Bau-
gewerbe klarlegte. Der Vortrag gipfelte in der Aufforderung
zum Eintritt der noch fern stehenden Maurer in die Organisation.
Die auf der Tagesordnung vorgelegene Wahl eines Vertrauens-
mannes wurde nicht vorgenommen, da verschiedene Redner der
Meinung waren, daß durch die Aufhebung des Verbots des
Zusammenbringens politischer Vereine auch die Wahl eines
Vertrauensmannes unnötig sei. Hierauf wurde nach sehr
lebhafter Debatte, in welcher das Verhalten der hiesigen Meister
bei der Wahl des Gesellenausschusses scharf kritisiert wurde,
festgestellt, daß der von den Meistern ernannte, also nicht ge-
wählte Gesellenausschuß nicht zu Nichts bestehe, worauf die
Versammlung das Bureau beauftragte, gegen das vorerwähnte
Versehen des jetzigen Gesellenausschusses sofort Beschwerde bei
der zuständigen Behörde zu erheben. Nachdem noch die Be-
theiligung an der Feier des 1. Mai — dort, wo es sich ermöglichen
läßt, durch Arbeitsruhe — in Erinnerung gebracht und noch die
Ankunft ausgeprochen worden war, bei späterer eben an die
Meister zu stellenden Forderungen auch die Freitagabende 1. Mai
mit einzurechnen, wurde eine aus sieben Mitgliedern bestehende
Lohnkommission gewählt.

Die Zählstelle Kassel beschäftigte sich in ihrer Mitglieder-
versammlung am 20. April mit der Abschaffung der Afford-
arbeit. Kollege Roth als erster Redner sprach den Wunsch aus,
daß sich die Kollegen als reichlich überlegen möchten, ob die Zeit
gekommen sei, die Affordarbeit abzuschaffen. Die Verhältnisse
hätten sich so zugespitzt, daß bereits eine Masse nichtgewählter
Arbeiter den Maurern eine scharfe Konkurrenz machen. Be-
sonders sei dies bei den Zugarbeitern der Fall. In diesem
Arbeitszweig hätten sich die sogenannten Weisbinder eingemischt,
welche seit dem Streik die Arbeiten in Rollen übernehmen
und ausführen. In der Diskussion sprach sich eine ganze Reihe
von Kollegen für sofortige Abschaffung der Affordarbeit aus.
Kollege Roth warnte vor Uebereilung, er befürchtete, daß ein
derartiger Beschluß eine große Arbeitslosigkeit nach sich ziehen
würde. Dagegen ist Kollege Rosenberger der Meinung, daß die
Arbeitslosigkeit nicht viel größer werden könne, als sie jetzt
schon sei; er empfiehlt von der sofortigen Beseitigung der Afford-
arbeit die Einführung jetzt arbeitsloser Kollegen. Nachdem
Kollege Thöne ebenfalls vor Uebereilung gewarnt hatte, wurde
beschlossen, die Beschlußfassung auszuschieben und die Angelegenheit
in einer anderen Versammlung noch einmal zu verhandeln; der
Sachverstand soll erucht werden, zu dieser Versammlung einen
Vertreter zu entsenden. Hierauf berichtete Kollege Roth über
den Ausfall der Gesellenprüfungen. Es waren im Ganzen
66 Lehrlinge, gegen 68 im Vorjahre, welche ihre Lehrzeit
beendet hatten und zur Ablegung der Gesellenprüfung zugelassen
wurden. Das von den Ausgelernten angefertigte Gesellenstück
wurde in 46 Fällen als „ganz schlecht“, in 8 Fällen als „gut“
und in 2 Fällen als „sehr gut“ bezeichnet. Das Resultat ist
für die Unternehmer tief befremdend, zeigt es doch, wie sie es
verstehen, ihre Lehrlinge auszu-
beuten. Sodann wurde be-
schlossen, die Kollegen, welche etwa infolge der Meister ge-
maßregelt werden sollten, zu unterstützen.

Am 18. April tagte in der Zählstelle Kreuznach eine
ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung. Nachdem der
Schriftführer das Protokoll vorgelesen, gab Kollege Wies Bericht
über den Stand der Lohnbewegung. Kollege Eßtinge-Gamburg,
der in der Versammlung anwesend war, unterzog jeden einzelnen
Punkt des Lohnvertrages einer scharfen Prüfung, führte aber auch
gleichzeitig den Kollegen vor Augen, wie notwendig es sei, die
Verhältnisse auf den Bauten zu befestigen und der frivolen Be-
handlung des Unternehmerrathes ein halt zuzurufen. Sodann
referierte Kollege Eßtinge über die Bewegung im Baugewerbe.
Redner schilberte so recht die traurige Lage der Maurer Kreuz-
nach. Nachdem die Versammlung einstimmig beschlossen, in
eine Lohnbewegung einzutreten, wurde die Lohnkommission be-
auftragt, die Wünsche der Maurer den Unternehmern zu unter-
breiten, und wurde denselben eine Frist von 14 Tagen gewährt.
Sodann gab Kollege Eßtinge der Verwaltung die nötige An-
leitung zur bevorstehenden Lohnbewegung und wurde dann die
Versammlung geschlossen. — Leider existieren in Kreuznach
Unternehmer, die vor ein und zwei Jahren noch in den Reihen
der Gesellen standen, und heute erdreisten sie sich schon, Lohn-
reduzierungen vorzunehmen. Das Großunternehmertum nimmt
eine friedlichere Stellung den Gesellen gegenüber ein.

Am 28. April fand in Münchhuden eine Maurer-
versammlung statt, welche von den Coburger Kollegen ein-
berufen worden war, um dieselbe eine Zählstelle zu gründen.
Beider waren von den circa 70 am Orte wohnenden Maurern
nur 18 erschienen. Nach einem Referat des Kollegen Dauler,
in welchem er die Notwendigkeit der Organisation nachwies,
erklärten die Erschienenen sich bereit, dem Verbands beizutreten.
Es wurden ein protokollarischer Bevollmächtigter und Kassierer er-
nannt, welche die Errichtung einer Zählstelle in die Wege zu
leiten haben. Die nächste Versammlung findet am 12. Mai statt.

Am 21. April fand in Bobenich eine öffentliche Maurer-
versammlung statt, zu der auch die Kollegen aus Alt-Damm
eingeladen und erschienen waren. Es handelte sich darum die
Frage zur Entscheidung zu bringen, welcher Lohnsatz in
Finkenwalde Gültigkeit haben soll. Festgestellt wurde, daß die
Bobenicher Unternehmer, sobald sie in Finkenwalde Arbeiten
auszuführen haben, einen Stundensohn von 45 % zahlen, die
Finkenwalder dagegen nur 40 %. Diese ungleiche Lohnzahlung
ist die Quelle fortwährenden Streites zwischen den Kollegen
und den Unternehmern. Einstimmig beschlossen die Kollegen
die Meinung, daß der Bobenicher Lohnsatz auch in Finkenwalde
Gültigkeit haben müsse. Die Lohnkommission wurde beauftragt,
mit den Unternehmern in Finkenwalde diesbezügliche in Ver-
bindung zu treten. Kollege Kinkel stellte mit, daß Stettiner

Kollegen auf dem Bau des Sanatoriums nach Feierabend arbeiten und sich auch selbst am Sonntag nicht schonen. Auch diese Angelegenheit wurde der Lohnkommission zur Regelung überwiehen.

Am 14. April tagte die diesjährige Generalversammlung der **Zahlfleite Hensburg**. Die vom Kassierer geleitete Abrechnung vom 1. Quartal wurde genehmigt. Ueber die Bauten des Auditoriums entspann sich eine längere Debatte. Da es den Unternehmern mit Hilfe einiger „Arbeitswilliger“ gelang, dort die 11-stündige Arbeitszeit einzuführen, wurde beschlossen, die Streikforderung für immer aus dem Verbandsausdrück zu streichen. Zugleich der Kassierer wurde beschlossen, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen, was trotzdem arbeitet, soll M. 450 Strafe bezahlen.

Aus **Schaafheim** schreibt man uns: Etwas vom Kasernebau in Babenhausen. Die Kaserne, welche von der Firma Th. W. Düren in Godesberg gebaut wird, geht ihrer Vollendung entgegen. Ein großer Teil der dort arbeitenden Kollegen ist aus Schaafheim und gehört ausnahmslos dem Verbande an. Dagegen sind von den 12 Babenhäusern, die dort arbeiten, nur 4 organisiert, die übrigen scheinen an der Kaserne genug zu haben. Die Kollegen aus der Umgegend, sowie die Italiener sitzen dem Verbande ebenfalls fern. Was die Verbindung anbelangt, so war dieselbe von Anfang an sehr schwach, bei dem geringsten Vergehen wurde mit Entlassung droht. Der Stundenlohn, der für einen tüchtigen Maurer im vorigen Jahr 41 1/2 betrug, wurde in diesem Jahre auf 40 1/2 ermäßigt. Nur drei Kassierer Kollegen, welche mit dem Herrn Richter befreundet sind, erhielten einen höheren Lohn, weil dieselben Bruchsteinarbeit überhaupt nicht verrichten konnten. Wohntag ist alle 14 Tage nach Feierabend. Beschwerden müssen Montags vorgebracht werden. Es ist vorgekommen, daß Leute Geld zu wenig erhielten, wenn sie sich dann bei dem Bauarbeiter beschwerten, wurde ihnen ganz einfach erklärt, das könne er glauben oder bleiben lassen. Es ist sogar vorgekommen, daß Jungesellen 35 1/2 pro Stunde erhielten und bei dem nächsten Wohntage wurden ihnen ohne vorherige Meldung bloß 22 1/2 ausgezahlt. Auf vorgebrachte Beschwerden erklärte der Bauarbeiter ganz kurz, man solle ihn verlassen. Was die Ausführung der Arbeit anbelangt, so ist dieselbe theilweise sehr mangelhaft. Die Bauten wurden von Sockelböden ab mit Ringofenfeuern ausgeführt, welche durch den weiten Transport theilweise ganz in Stücke gegangen waren. Im nun jeden Broden zu verwerfen, wurden auf beiden Seiten der Mauer die Ränder und die größeren Stücke angelegt und dann mit der Schaufel der Schutt mitten hineingeschüttelt. Es entstanden dann an der Baustelle für verheiratete Unteroffiziere Nische von 3-5 cm, so daß Fensterbänke und Stühle zerplatzten. Im nun diesem Uebelstand abzuhelfen, wurden Schlaubren (Wolzen) durch den ganzen Bau gezogen und zusammengekernt. In einem weiteren Bau wurde, nachdem das Fundament mit Steinbrocken, etwas Zement und Schwarzsand ausbetoniert war, festgestellt, daß er nach der Zeichnung zu kurz angelegt war. Im das Fundament aber wieder auszubreden und um die betr. 20 cm zu erweitern, wurde einfach ein Schaufelstiel herausgehoben, mit Broden ausgemauert und das Mauerwerk daraufgesetzt. So konnte man noch Meles erwähnen; das Alles passiert an Staatsbauten, wo Bauarbeiter und Baumeister die Aussicht haben.

In **Senftenberg** fand am 21. April eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege W. Schulz-Berlin einen Vortrag hielt über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Redner legte in eindringenden und berechtigen Worten den Werth der Organisation klar und forderte die Kollegen auf, dem Verbande beizutreten resp. denselben weiter ausbauen zu helfen, damit die Mißstände beseitigt werden können, die in unserem Gewerbe noch so zahlreich vorhanden sind. Die Versammlung dankte dem Redner durch lebhaften Beifall für seinen ausgezeichneten Vortrag. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. Kollege Schürmann wünscht, daß man die 10-stündige Arbeitszeit einführen möge. Kollege Schlegel berichtet, daß der Unternehmer Bedenklichkeits keinen Gesellen einen Stundenlohn von 36 1/2 verprochen habe, jetzt aber nur 28, 30 und 32 1/2 ausbezahle. In einem Fortier Blatte wurde er 60 Mauerer zu einem Stundenlohn von 38 1/2. Damit wolle er jedenfalls die einheimischen Gesellen trotzig machen, weil sie ihm etwas spärlich entgegengetreten sind. Es sprach sich noch die Kollegen Paulsch, Wende und Vogel über die vielen Mißstände, welche hier herrschen und ermunterten die übrigen Kollegen, das Uebel beseitigen zu helfen. In seinem Schlusswort forderte Kollege W. Schulz die Kollegen nochmals auf, kräftig zur Sache zu halten und sich voll und ganz der Organisation zu widmen. Hierauf schloß der Vorleser die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband, in welches die Versammlung begeistert einstimmt.

Die **Zahlfleite Spandau** hielt am 29. April eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Lemme erstattete zunächst Bericht über den sechsten Verbandstag. Sodann hielt er einen Vortrag über: „Die Bedeutung des 1. Mai“, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Versammlung machte es jedem Kollegen zur Pflicht, den 1. Mai, wo es nur irgend möglich ist, zu feiern. Ein Antrag der Lohnkommission wurde angenommen, wonach die Karten am Sonntag nach der arbeitslosen Woche zur Abstemmung vorgelegt werden müssen. In den Gesellenausdrück wurden die Kollegen Laube, Schüler, Noth und Daffe und als Schriftführer Kollege Degner gewählt. In Betreff des Bauarbeiterzweiges wird die Polizeiverordnung, welche von dem Regierungspräsidenten zu Potsdam herausgegeben ist, von den Unternehmern hier am Orte durchaus garnicht beachtet. Eröbren hier zum Theil sehr able Mißstände bestehen in Wäuben und Worten und dies der Polizei schon mehrfach unterdreitet ist, hat sie aber noch niemals die Veranlassung genommen, gegen die Unternehmern auch mal bestimmend aufzutreten. Zum Schluß wurde das Verhalten zweier Kollegen gebührend gerügt. Beide arbeiteten auf einem Neubau und hatten für sich selbst noch einen kleinen Neubau übernommen, an dem Beide nach Feierabend noch so lange arbeiteten, wie es ihnen das Tageslicht gestattete. Von der Versammlung befaßten sie die Mahnung mit auf den Weg: keine Ueberstunden mehr in diesem Falle zu machen, widrigenfalls sie aus dem Verbande ausgeschlossen werden würden. Ferner wurde beschlossen, von dem Protokoll des sechsten Verbandstages 80 Exemplare schicken zu lassen.

In der am 28. April in **Stargard i. P.** stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Schmidt-Matranenburg über den hiesigen Maurerstreik und die Arbeiterbewegung im Allgemeinen wobei er ausführte, daß uns nur eine starke Organisation vor den Ausbeutungsgekläften der Unternehmern

schleße. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschloß, die Neubrandenburger Kollegen thätigst zu unterstützen, insbesondere durch Fernhaltung des Zuzuges. Von der Beihilgung an der Maifeier mußte leider Abstand genommen werden, weil die hiesigen Verhältnisse das nicht erlauben.

Die **Zahlfleite Weihensee** hielt am Dienstag, den 30. April, eine Mitgliederversammlung ab, welche ausnahmsweise gut besucht war. Es waren circa 70 Kollegen anwesend. Zunächst berichtete Kollege Content über die Beschlässe des Verbandstages, welche in allen Punkten mit großem Beifall aufgenommen wurden. Das neue Statut tritt mit dem 1. Juli 1901 in Kraft. Sodann gab der Bevollmächtigte den Bericht von den Verhandlungs-sitzungen in Berlin, und machte bekannt, daß der Vertrag mit den Meistern auf ein Jahr verlängert sei. Hierauf gab der Kassierer den Kassierenbericht vom 1. Quartal 1901, welchen die anwesenden Meistern beifälligten. Dem Kassierer wurde Bedanke gesagt. Der Bevollmächtigte machte noch auf den Versammlungsbeschluss vom 24. März aufmerksam, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Am 21. April fand in **Burgern** eine öffentliche Maurerverammlung statt. Obwohl wichtige Angelegenheiten zu erledigen waren, hatten sich doch nur 60 Kollegen zu der Versammlung eingefunden. Zunächst erstattete Kollege Wagner Bericht vom Verbandstag. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlässen desselben einverstanden und beschloß, den Verbands- und Streifenbeitrag getrennt zu erheben. Die Unternehmern haben in diesem Frühjahr den Stellen-Verträge zur Unterchrift vorgelegt, resp. auf den Bauten ausgehängt. Da sich dieselben im Wesentlichen mit den Forderungen decken, wurde davon abgesehen, dagegen Stellung zu nehmen. Es sind auch noch nicht alle anfalligen Kollegen in Arbeit, dagegen werden zugewiesene fremde Kollegen sofort eingestellt. Der Kollege Hermann Ludwig wurde an seinem 50-jährigen Jubiläumstage als Maurer zum Ehrenmitgliede des Verbandes ernannt.

Am 28. April hielt die **Zahlfleite Rehdenitz** ihre Mitglieder-versammlung ab. Im ersten Punkte erstattete der Kassierer Bericht über die Abrechnung vom ersten Quartal. Im zweiten Punkte hielt Kollege Mittag einen längeren Vortrag und empfahl der Versammlung, jeden Kollegen zu verpflichten, ein Protokollbuch vom Verbandstage zu kaufen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. In „Verdienstbesuch“ wurde über die Sperre der Bauwerke diskutiert. Dieselbe war ein Kollege in Arbeit getreten, er legte sie aber wieder nieder, nachdem ihm in einer Sitzung der örtlichen Verwaltung das Verwerfliche seiner Handlungsweise vor Augen geführt worden war. Die Sperre bleibt aufreht erhalten.

Am 20. April fand in **Bittau** eine öffentliche Maurerver-sammlung statt, in welcher Kollege Koch aus Dresden einen Vortrag hielt über das Thema: „Ist täglich Brot gibt uns Heile.“ Die Ausführungen des Redners waren so interessant, daß es für die Bittauer Kollegen gewiß kein Fehler gewesen wäre, wenn sie zu dieser Versammlung sich etwas zahlreicher eingestellt gehät hätten. Die Versammlung verließ ohne besondere Erörterung, nur einmal, als der Referent einem Paragraphen des sächsischen Landesgesetzes etwas zu nahe kam, erklärte der über-wachende Beamte, daß er das nicht dulden dürfe. Der Vortragende ließ sich jedoch nicht beirren, sondern sprach ruhig weiter. Es wurde ihm lebhafter Beifall gespendet.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submisionen etc.

Berlin. Durch Abwurf mit einem Hängerkist sind Sonnabend Vormittag, 4. d. M., zwei Arbeiter verunglückt. Das Haus Stremmerstr. 4 wurde gestrichen. Dazu wurden mehrere Hängerkisten benutzt. Zu einem, das an der äußersten Westseite angebracht war, fiel der Kist zum weilen auf schlechtem Holze stand. Die Folge war, daß das Gerüst aus dem dritten Stock in die Tiefe stürzte und unter das Schuttbach durchfiel. Die beiden Arbeiter, die darauf arbeiteten, fielen mit herab und zogen sich einen Armbruch und schwere Kopfverletzungen zu. Die Unfallstelle blieb bis zur Befähigung durch eine Baukommission in unverbänderten Zustande.

Leipzig. Auf dem Neoch'schen Neubau in Gohlis stürzte am 8. Mai der Arbeiter Ansehnam vom Parterre in den Keller, indem ein Brett brach. Der Verunglückte hat ansehnlich schwere Verletzungen davongetragen.

München. Am 2. d. M., Nachmittags nach 2 Uhr, fiel einem Arbeiter beim Neubau des Mariamms am Schreienplatz anlässlich des Gerüstauflagens eine sogenannte Aufzugsflasche aus beträchtlicher Höhe herab auf den linken Arm, wodurch er einen Bruch dieses Armes und des kleinen Fingers erlitt; der Verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Plaue n. B. Am 1. Mai waren mehrere Maurer mit dem Abputzen der Außenwand eines Neubaus beschäftigt, als plötzlich das Gerüst unter ihnen zusammenbrach und sie mit samt den Brettern und Verputzmaterialien zwei Stock hoch herabstürzten. Während einer der Verunglückten mit einigen leichten Verletzungen davonkam, mußten zwei Andere schwer verletzt in das städtische Krankenhaus überführt werden. Die gerichtliche Untersuchung wird ergeben, daß dieser neue Unglücksfall wiederum auf einen äußerst mangelhaften Gerüstbau zurückzuführen ist.

* **Zum Bauarbeiterzweige.** Die Anstaltspolizeikommission hat die Strafverordnungen, betreffend Durchführung der Baupolizeiverordnung, verhängt; der diesbezügliche Satz hat jetzt folgenden Wortlaut: Die Durchführung vordiegender Bestimmungen wird nach § 140 Abs. 2 des Allgemeinen Baugesetzes durch Androhung und Vollstreckung von Geldstrafen bis zu sechs Wochen oder durch Verhängung des Bauverbotes erfolgen.

* **Submisionenblättern.** In **Mitona** soll die Fassade des neu erbauten Rathhauses mit Oelfarbe gestrichen werden; es kommen circa 6000 qm in Betracht. Beauftragt sind die Arbeiter (Blowzen) und finkmaliger Anrich einschließlich Maltung bei 17 in Höhe bis zum Gusspfosten mit M. 10.000. An der Submisionen beteiligten sich nachstehende Malermeister mit den dabei stehenden Forderungen: Dollon-Mitona M. 9.100, K. Lange-Mitona 8900, W. Schulz-Mitona 8895, Nolte-Mitona 8884, Majstmann & Wendgen-Mitona 8848, Hüster-Mitona 8045, Dol-Mitona 7957, Schmitz-Mitona 7650, F. Meyers-Mitona 6200, Rauphon-Mitona 6100, Rübner-Mitona 5950.

Der Mindestfordernde ist also bereit, die Arbeiten fast um die Hälfte billiger zu machen als sie veranschlagt sind. Da wird die Arbeit wohl besonders gut ausfallen.

Aus anderen Berufen.

* **Der Streik der Berliner Schuhmacher** ist resultatlos beendet. Nach siebenwöchigen Kämpfe mußten die Ausgesperrten nachgeben. Arbeiter wie Unternehmern verzichten auf irgend welche Forderungen. Die Ausständigen werden an ihre alten Plätze eingestellt, soweit diese nicht von Streikbrechern besetzt sind.

* **Der Buchdruckerverband** hat seinen letzten Jahresbericht herausgegeben. Darnach ist die Mitgliederzahl von 27 187 im Jahre 1899 auf 29 687 im Jahre 1900 gestiegen. Die gewöhnliche Lage im Berichtsjahr wird nicht als eine günstige bezeichnet, desgleichen die gesundheitlichen Verhältnisse. Es wurden im Ganzen 452 338 Tage Arbeitslosigkeit gezählt, 4 1/2 pZt. sämtlicher Mitglieder fehlte somit Arbeitsgelegenheit, auf jedes Mitglied kamen im Jahre 16 Tage Arbeitslosigkeit. Krankheitsstage wurden 382 075 gezählt, gleich 3 1/2 pZt. sämtlicher Mitglieder, auf jedes Mitglied kamen 13 Krankheitsstage. Die Einnahmen des Verbandes im Berichtsjahr betragen M. 1 648 099,32, die Ausgaben M. 1 244 195,02, das Gesamtvermögen am 31. März 1901 M. 8 092 155,02. Zum ersten Male sollen die Erhöhungen der Arbeitslosenunterstützung und die Verabfolgung der Karenzzeit ihre Wirkungen zeigen. Die Mehrausgaben betragen für die Arbeitslosenunterstützung rund M. 40 000, für die Unterstutzung am Orte M. 100 000. Für Unterstutungen wurden vorausgabt: Arbeitslosenunterstützung M. 156 320,31; Arbeitslosenunterstützung am Orte M. 267 136, Maßregelungsunterstützung M. 12 376, Umzugskosten M. 15 289 Krankenunterstützung M. 508 808,36, Invalidenunterstützung M. 104 996,25 z. Das Verbandorgan, der „Correspondent“, hat rund 20 500 Abonnenten. — Zum bevorstehenden Ablauf des Tarifs macht sich eine rege Diskussion über Tarifrevision oder Revision innerhalb des Verbandes bemerkbar. Soweit es sich aus der Kritik des „Correspondent“ ersehen läßt, erklärt sich die übergroße Majorität für eine Tarifrevision, nicht für eine Kündigung. Einige Stimmen erheben sich auch, die bei der Revision eine Verärzterung der Arbeitszeit verlangen, jedoch lassen auch hier die bisher gemachten Aeußerungen erkennen, daß die Majorität die Forderung einer Verärzterung der Arbeitszeit zur nächsten Revision zurückgestellt wissen will und diesmal nur eine Lohnverhöhung verlangt.

* **Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands** hatte am Schluß des Jahres 1900 eine Mitgliederzahl von 4621. Ende 1897 waren es 3418 Mitglieder. Der Zuwachs beträgt also 1103 Mitglieder. Von diesen 6500 Bildhauern Deutschlands sind also 69,55 pZt. organisiert. Unter den deutschen Gewerkschaftsorganisationen rangiren die Bildhauer an zweiter Stelle. Die erste Stelle nehmen die Handwerksmeister mit 75,03 pZt. ein; nach den Bildhauern kommen die Buchdrucker mit 69,24 pZt. Alle übrigen Organisationen bleiben dahinter zurück.

Die **Zahlfleite** verzeichnet sich in der letzten der Jahre von 87 auf 100. — Nach Branchen geordnet, gehören dem Zentralvereine an: 2912 Holzbildhauer, 685 Steinbildhauer, 498 Modelleur, 51 Holz- und Gipsschneidhauer, 63 Gipsschneidhauer, 145 Stein- und Holzschneidhauer, 124 Holzschneidhauer und Modelleur usw. Die Einnahmen beziffern sich im Jahre 1900 auf M. 118 045 ober pro Mitglied auf M. 26,32, die Ausgaben auf M. 118 754 (M. 26,14). Die Mehrausgabe pro Mitglied betrug 82 1/2. Das Vermögen des Vereins betrug am Schluß des Jahres 1900 M. 66 491, pro Mitglied M. 12,43. — Für Streits wurden vorausgabt M. 20 778 (pro Mitglied M. 4,57), für Arbeitslosenunterstützung M. 46 276 (M. 10,20), an Arbeitslosenunterstützung M. 10 879 (M. 2,28), für Arbeitsunfähigkeit M. 11 211 (M. 2,47) usw. Interessant ist die Feststellung, daß auch das gut ausgebildete Unterstutungsweien die Fikulation der Mitglieder nicht wesentlich vermindern konnte. So traten vom 1. Januar 1898 bis 31. Dezember 1900 neu dem Verbande bei 4980 Kollegen. Entgültig ausgetreten sind wieder 244, ausgetreten wurden 2491 Kollegen, zumest wegen restirender Beiträge.

* **Die Handelshilfsarbeiter** (Transporthilfs- und Verkefsgewerbe) hielten ihren Kongress mit darauffolgender Generalversammlung in Nürnberg ab. An dem Kongress nahmen insgesamt 68 Vertreter Theil, darunter 61 Delegirte und 7 Vertreter der verschiedenen Körperchaften des Zentralverbandes und des Fachblattes der Organisation.

Nach dem gedruckt vorliegenden Bericht der Geschäftskommission bestanden Ende des zweiten Quartals 1900 in 20 Orten lokale Vereine der Handelshilfsarbeiter mit insgesamt 6398 Mitgliedern. Die Vereine hatten ein Gesamtvermögen von M. 14 160. Von diesen Vereinen haben sich nach erfolgter Einigung 12 mit insgesamt 2942 Mitgliedern dem Zentralverband angeschlossen. Die Geschäftskommission hat in der Zeit vom 1. März 1899 bis zum 15. März 1901, einschließlich eines Kassensbestandes von M. 596, M. 3983,95 Einnahme und M. 3095,65 Ausgabe. Es wurden für Agitation M. 603, für Druckkosten M. 244, für Protokolle M. 216, für Kongresse und Konferenzen M. 363, für Streits- und Gewerkschaftsunterstutungen M. 823, Mantelgeld für vier Jahre M. 200 vorausgabt. An die Kommission für die Lokalorganisationen, durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften wurden M. 50 Beitrag gezahlt. Die weiteren Ausgaben betrafen Protokolle, Gerichtsbesuchen, Einnahmen usw. An Kassensbestand verließen M. 887,93.

Es wurde beschlossen, das Vertrauensmännerstystem endgültig zu beibehalten; den nächsten Kongress soll der Vorstand des Zentralverbandes einberufen; der Kassensbestand wurde der Verbandskasse überwiehen.

Die weiteren Verhandlungen des Kongresses betrafen Anträge betr. Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterschutz. Es wurden entsprechende Resolutionen angenommen.

Auf der Generalversammlung am 5. d. M. in Nürnberg am 5. d. M. waren 19 646 Mitglieder vertreten. Ferner sind Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, der Redakteure des Fachorgans und zwei vom Verbande angelegte Agitatoren anwesend. Der Vorstandsbericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. Dezember 1900. Im vierten Quartal 1899 waren 6099, Ende 1899 10 640 und Ende 1900 19 444 Mitglieder vorhanden. Unter den Mitgliedern waren 4160 Gewerkschaftler, 1400 Arbeiter und Marktbesitzer, 6008 Kaufleute und Fuhrleute, 626 Großhändler, 682 Bierführer und Hilfsarbeiter, 1322 Expeditionen, Speichere- und Wolltransportarbeiter, 2646 Arbeiter, 8328 Straßenbahn- und Omnibusangestellte und 462 sonstige im Transportgewerbe Beschäftigte. Unter Anderem be-

finden sich im Verbands auch 99 Blumen- und Blätterarbeiter. Von den 28 864 Mitglieder, welche eingetretten sind, hatten nur 2039 eine Arbeitszeit bis zu 10 Stunden, während 19 657 eine Arbeitszeit von über 11 Stunden hatten, darunter 1977, deren Arbeitszeit 16 bis 18 Stunden betrug. In mehreren Orten ist in den letzten zwei Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Ebenso ungünstig stehen die Lohnverhältnisse. Bis zu M. 15 Wochenlohn hatten 8087, von M. 15 bis einschließlich M. 20 hatten 12 143 Mitglieder.

In den letzten zwei Jahren fanden 43 von der Organisation geführte Streiks statt, die zusammen 32 Wochen dauerten und eine Ausgabe von M. 25 491 erforderten. In den Streiks waren 16 430 Personen beteiligt. Von den Streiks waren 13 erfolgreich, 26 teilweise erfolgreich und 4 erfolglos. An den Streiks waren alle Branchen, welche in dem Verband beteiligt sind, beteiligt. Der Vorstand sagt in seinem Bericht, daß abgesehen von der Verkürzung der Arbeitszeit und sonstigen erzielten Verbesserungen, durch die vom Verbands geleiteten Bewegungen für die daran beteiligten Arbeiter ein Mehrlohn von mindestens 4 Millionen Mark pro Jahr erzielt worden ist. Bei Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich bei den meisten dieser Lohnbewegungen um ungelernete und ungeschulte Arbeiter handelt, ist der auf diesem Gebiete von dem Verbands erzielte Erfolg ein bedeutender zu nennen.

Der Verband hat in acht größeren Städten Arbeitsvermittlungseinrichtungen. Von diesen wurden in den Jahren 1899 und 1900 insgesamt 2974 feste und 2579 Ausfühlfellen vermittelt. Gemeldet wurden bei diesen Arbeitsnachweisen insgesamt 4758 offene Stellen.

Das Jahrgang, „Der Courrier“, erschien im Anfang der Berichtperiode in 7500, am Schluß derselben aber in 25 300 Exemplaren Auflage.

Die Verwaltungskosten hatten in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. Dezember 1900 bei einem Kassensbestand von M. 3142 eine Gesamtsumme von M. 260 968,56 und eine Ausgabe von M. 251 619,20. Im Kassensbestand verbleiben ihnen M. 9437,86. Von der Einnahme wurden M. 121 285 an die Hauptkasse gesandt. Von der verbleibenden Summe (50 pzt. der Beiträge) wurden M. 26 063 für Krankenunterstützung, M. 8532 Unterstützung in Sterbefällen, M. 6465 für Streiks, M. 561 für Gemeindegelder und M. 2359 für Extraverwaltungskosten verausgabt. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen M. 36 084, die sachlichen M. 26 271. Für Agitation wurden M. 8070, für Druckkosten und Porto M. 13 664 ausgegeben.

Die Hauptkasse hatte in derselben Zeit, einschließlich eines Kassensandes von M. 4876, eine Einnahme von M. 129 965,88 und eine Ausgabe von M. 105 155. Im Kassensbestand verbleiben M. 24 810. Die größeren Ausgabenposten waren: für das Verbandsorgan M. 28 585, Druckkosten M. 9359, Agitation M. 11 498, Streiks M. 16 372, Arbeitslosenunterstützung M. 7998, sonstige Unterstützungen M. 2040, Reichsbeitrag M. 6542, Gemeindegeldunterstützung M. 1634, Kongresse und Konferenzen M. 1611, Generalversammlung M. 2102, an die Generalkommission und an Kartelle M. 1891, persönliche Verwaltungskosten M. 7417, sachliche Verwaltungskosten M. 1610. Vom Verbands wurden in der Berichtperiode, einschließlich des Reichsbeitrages, insgesamt M. 78 692,91 für Unterstützung verausgabt, das sind 24,7 pzt. der Gesamtsumme.

Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf M. 180, das der übrigen Beamten auf M. 170 pro Monat festgesetzt. Hilfsarbeiter und selbst bediente Agitatoren beziehen M. 86 pro Woche.

Der bisherige Wochenbeitrag von 20 $\frac{1}{2}$ wurde mit 40 gegen 9 Stimmen auf 25 $\frac{1}{2}$ erhöht; weibliche Mitglieder zahlen 15 $\frac{1}{2}$. Dazu kommt ein Quartalsbeitrag von 25 $\frac{1}{2}$.

Die Krankenunterstützung verbleibt den Zweigvereinen; ebenfalls verbleiben denselben 50 pzt. der Beiträge.

Die Arbeitslosenunterstützung betrug bisher nach einjähriger Mitgliedschaft und nach der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit pro Woche M. 5 auf die Dauer von sechs Wochen. Nimmwehr soll nach der zweiten Woche der Arbeitslosigkeit gewährt werden: wöchentlich für männliche Mitglieder

Table with 2 columns: 'Männliche Mitglieder' and 'Wochenbeitrag'. Rows show amounts for 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 years of membership.

Streitunterstützung soll vom vierten Tage der Arbeits-einstellung, bei 26wöchiger Mitgliedschaft M. 8, bei einjähriger Mitgliedschaft M. 10 pro Woche gewährt werden; für jedes Kind unter 14 Jahren eine Unterstützung von mindestens 50 $\frac{1}{2}$ und höchstens M. 1 pro Woche. Die Festsetzung der Höhe erfolgt im Einzelfall. Derselbe Unterstützung soll für Kinder Gemeindegelder berechnet werden. Gemeindegelder sollen M. 9 nach einjähriger und M. 12 nach einjähriger Mitgliedschaft erhalten.

Der Verband der Lagerhalter hielt seine Generalversammlung am 8. April in Jena ab. Der Verband zählt 645 Mitglieder. Die organisierten Lagerhalter sind vorwiegend in Konsumvereinen beschäftigt. Auf der Generalversammlung wurde gesagt: Die vom Verbands geführten Kämpfe waren besonders schwieriger Natur, da die Arbeitgeber, die Verwaltungen der Konsumvereine, größtenteils aus organisierten Arbeitern bestehen, die sich mitunter nicht scheuen, die Rechte, die sie selbst von den Privatkapitalisten erkämpfen, ihren eigenen Angehörigen zu verweigern. Gegen diese dann hiergegen vor, so macht man ihnen noch den Vorwurf der Schwächung der Arbeiterbewegung, ohne zu bedenken, daß die Verwaltungsmitglieder selbst die Arbeiterbewegung am meisten schädigt, wenn sie zweierlei M a s s e n e n, eines für sich selbst und ein anderes für ihre Angehörigen.

Eine vom Verbands ausgenommene Statistik, die sich auf 481 Lagerhalter und 27 Lagerhalterinnen erstreckt, ergab eine wöchentliche Arbeitszeit von 60-95 Stunden. Sonntags-schluß haben 320 Personen. Wirtschschluß haben 133 Personen. Den vollen Lohn haben schluß für die ganze Woche haben nur 13 Vereine mit 62 Lagerhaltern eingeführt; für 422 Personen besteht er teilweise.

Gehalt. Unter M. 80 pro Monat erhalten 86 Personen, M. 81-90: 34 Personen, M. 91-100: 49 Personen, M. 101-120: 72 Personen, M. 121-130: 85 Personen, M. 131-140: 71 Personen, M. 141-200 133 Personen; bei 21 Personen fehlen die entsprechenden Angaben. Freie Arbeiter oder Geschäftsführer erhalten 179 Personen. Im selben Gehalt stehen 316 Personen; festes Gehalt und Prozente beziehen 85 Personen, nur Prozente 58 Personen.

In der Diskussion wurde besonders über die mangelnde Durchführung der Schutzgehalte für das Handelsgewerbe in den Konsumvereinen gesagt und in durchaus berechtigter Weise gefordert, daß letztere mit Verkürzung der Arbeitszeit der Gesetzgebung vorangehen, aber nicht ihr nachhaken sollten.

Polizei und Gerichte.

Eine unglückliche Verordnung. Für das Versammlungs-leben im ganzen Königreich Preußen ist eine Entscheidung von großer Bedeutung, die das Kammergericht gefällt hat. Wegen Veranlassung einer öffentlichen Versammlung am Lusttage war der Angeklagte Schwebmann vom Landgericht in Osnabrück zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Und zwar sollte er die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über die äußere Festhaltung der Sonn- und Feiertage, die den Versammlungsbedingungen in den anderen preussischen Provinzen nachgebildet ist, übertreten haben. Auf seine Revision sprach das Kammergericht den Angeklagten mit folgender wichtigen Begründung frei: Der § 10 der Verordnung des Oberpräsidenten ist insofern rechtmäßig, als er öffentliche Versammlungen und Aufzüge, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, am Charfreitag und Sonntag erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes gestattet. Diese Bestimmung verhält gegen die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung und gegen das Vereinsgesetz. Danach dürfen Versammlungen von der Verwaltungsschöbde unter keinen Umständen wegen der Art der zu erörternden Angelegenheiten verboten werden. Dies ist hier geschehen, indem das Verbot öffentlicher Versammlungen am Charfreitag und Sonntag, sowie die Beschränkung solcher Versammlungen an anderen Feiertagen und am Sonntage sich auf die nicht den Gottesdienst betreffenden Angelegenheiten erstreckt. Dieses Urteil ist praktisch bedauerlich, doch, weil darnach jetzt wieder an allen Sonn- und Feiertagen öffentliche Versammlungen ohne zeitliche Beschränkungen stattfinden dürfen. Sie können zwar aus rein polizeilichen Gründen (Anstößgefahr bei Epithemen, Ausschreitungen des Volkes zc.) verhindert werden, wie jede andere Versammlung auch, nicht aber allgemein durch eine Versammlungsverordnung.

Verschiedenes.

In einer Einigung zwischen den Leipziger Arbeitern und den Kaufmännern ist es durch Verhandlungen gekommen. Die Letzte haben ihre Praxis bereits wieder aufgenommen.

Ein Arbeiterfreit vor hundert Jahren. Als im Juni 1799 die Maurer Hamburgs die Arbeit eingestellt hatten, erließ der Rat folgende Bekanntmachung: Da die meisten derjenigen Maurergesellen, welche ungeachtet aller wiederholt ihnen dargebotenen Güte mittelst erkannter Stommision, ihre Arbeit nieherlegen sich begeben lassen, gemäß durch übereinstimmende Beschlüsse des Friedens- und der öffentlichen Ruhe verleiht und irreführt worden sind; so befehlt und ernamhet Ein Hochverlei und Hochweiser Rat alle gut geminten und ehrlichen, sowohl hiesigen als fremden Maurergesellen, hienit nochmals väterlich und obrigkeitlich, ungesäumt und spätestens am Montage früh wieder an die Arbeit zu gehen und sich dazu bei ihren Meistern zu melden. Ein Hochverlei und Hochweiser Rat verpicht allen Denjenigen, welche diesem obrigkeitlichen Befehl widersprechend Folge leisten werden, allen obrigkeitlichen Strafen und Verurteilungen, dahingegen alle Diejenigen, welche dieser obrigkeitlichen Verfügung entgegen handeln und nicht wieder an die Arbeit gehen werden, als Auftrichter und Schwärzer der öffentlichen Ruhe nicht nur aus der Stadt und deren Gebiete verwiesen, sondern auch sonst wider dieselben, den Gesetzen gemäß, auf das strengste verfahren werden solle. Gegeben in der Ratshversammlung. Hamburg, den 17. Juni 1799.

Eisig als Heilmittel. Der Eisig ist ein wichtiges Heilmittel, das am so mehr empfohlen werden ist, da es schnell zur Hand ist. Wasungen des Rückens dienen dazu, verschiedene Schwachzustände des Körpers zu beseitigen und auch wohlthunend auf ihn einzuwirken. Ferner ist Eisigwasser ein ausgezeichnetes Mittel, um alle feulenden Organismen aus dem Munde und aus der Nahrung zu entfernen. Eisig ist daher ein gutes Gurgelmittel zur Verhütung von Diphtheritis und für Desinfektion des Halses bei ausgedehnter Krankheit. Man wolle zu diesem Zwecke die genannten Organe täglich mehrere Male mit Eisigwasser aus. Bei Fieberkeit kann man Eisigwasser mit etwas Kochsalz vermischen zum Gurgeln anwenden. Eisigwässer wirken reinigend die Luft. Eisigwässerungen bei hiesigen Fiebern wirken kühlend und erfrischend, auch sind sie bei Nahrungsmitteln zu empfehlen, am besten zur Hälfte mit Wasser verdünnt. Eisigwasser überflüssig bei Kopfschmerzen und Eisigwässerungen bei Ohnmachten sind allgemein gebührend. Eisigwasser ist überhaupt ein des-beugungsmittel gegen Aufliegen. Eisig ist überhaupt ein des-igentliches und bizarreres Mittel ersten Ranges, von dem man heute wegen der vielen neuen chemischen Mittel nicht ge-nügend Gebrauch macht. Eisigwasser wirkt beständig als Wärmewasser nach Verhinderung mit infizierenden Stoffen. Eisigwässer haben eine ausgeprägte lindernde Wirkung bei Kindern, welche an der heutigen Bräune krank liegen, sie vermindern die Unbehaglichkeit und erleichtern die Wölbung der Säute. Eisig ist auch ein Gegenmittel bei Vergiftungen aus Alkalien, Kaug, Pottasche zc., sowie auch bei Vergiftungen mit narkotischen Giften, Opium, Belladonna, Nitroin zc. Weiter findet er Ver-wendung bei Unglücksfällen, entstanden durch den gebrochren, ägenden Rauf, durch Aeg-Ammoniat, Salzwasser, ferner gegen die Gurgelgeschwülste (Wurfs, Fleisig- und Fingergift), sowie auch gegen eine Anzahl pflanzlicher Gifte (Schierling, Herbstzeitlose, Giftschwämme, weiße Nieswurz).

Ergebnisse der Schriften.

Die Nr. 10 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 19 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Kämpfe in der Neue Anordnungen über die Pässe. — Der 1. Mai. — Der Dreißig (Gespräch zwischen zwei Arbeitern). — Italienische Proletariat, trägt Euch (Ueber einen geplanten Orden für die Arbeiter). — Eine wichtige Resolution des Maurer-Verbands. — Ausbeutung von Arbeitern durch die Arbeiter. — Das Geh. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom In- und Ausland.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag). Das 81. Heft des 19. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Militarismus und Sozialdemokratie. — Ausland und Frankreich. — Von Paris. — Der Eintritt Millrand's in's Ministerium. Von G. Wallant. — Der jüngste Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. Von M. S. Bielen. — Die dänischen Wahlen. Von S. Bang. — Notizen: Ein Kritiker des Marxismus. — Feuilleton: In der Schlacht. Von Anton Tschow. — Aus dem Russischen über- setzt von Eugenie Fiorin. (Fortsetzung.)

Das Arbeitersekretariat Bremen hat seinen ersten Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1900 herausgegeben. Die Schrift umfaßt 158 Seiten und enthält neben dem eigentlichen Bericht über das Sekretariat, Berichte über die Organisationen am Orte, über die Lohnkämpfe zc. und viele wertvolle Tabellen über den Verdienst und die Lebenshaltung der Bremer Arbeiterschaft.

Briefkasten.

Stolz. Wir erhielten zwei Annoncen, leider aber zu spät, um noch in Nr. 18 Aufnahme zu finden.

Stetnag, A. E. Versammlungsanzeige kam zu spät. Mgringen, Buch-Nr. 123 405. Sie müssen den Mann um Herausgabe des Koffers beim Amtsgericht in Offen veranlagen.

Zielenzig, Buch-Nr. 082 514. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwält. Empfohlen können wir Ihnen einen solchen nicht. Ineress Frachten ist der Beamte im Unrecht.

Dohheim, W. A. Die Aufnahme des Anrufes müssen wir ablehnen. Es würde viel zu weit führen, wollten wir jeder Zahlstelle den Platz einräumen, derartige Sachen in dem Fachblatt zu veröffentlichen.

Emden, G. Ihr Schreiben ist alles Andere, nur kein Bericht, der sich zur Aufnahme im „Grundstein“ eignet. Wir würden den Raum des Blattes in ganz unverantwortlicher Weise verschwenden, wollten wir den „Bericht“ aufnehmen.

Güftebiete, J. Sektographische Schriftsätze werden dor-ber Post nur dann als Druckarbeiten behandelt, wenn sie in mindestens 20 Exemplaren (einseln konvertiert) zur Verendung gelangen und am Schalter abgegeben werden. M. 100. Das Inserat kostet 70 $\frac{1}{2}$.

Centralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Das neue Statut.

welches, mit Ausnahme der Bestimmungen über Sterbe-Unterstützung, am 1. Juni in Kraft tritt, gelangt im Laufe dieser und der nächsten Woche zur Verendung. Nach kleineren Zählstellen erfolgt die Sendung fast ausschließlich mit dem „Grundstein“, worauf wir die Zahlstellen ganz besonders aufmerksam machen.

Verbandsbeitrag vom 1. Juni an.

Nach Beschluß des Verbandstages ist der Beitrag zum Unterstützungs-fonds (früher Streikfonds) obligatorisch eingeführt, und soll dieser mit dem Verbandsbeitrag (25 $\frac{1}{2}$) zusammen die ungefähre Höhe eines Stundenlohnes pro Woche für 40 Wochen im Jahr betragen. Beide Beiträge können mit einer Marke quittiert werden.

Als Norm für den Mindestbeitrag im Jahr ist durch Statut folgende Scala aufgestellt:

Table with 4 columns: 'Lohnklasse', 'Einheitsbeitrag', 'Zuschlag', 'Gesamtbeitrag'. Rows show amounts for Lohnklassen I to VII.

Die Marken sind bereits fertiggestellt und ersuchen wir die Zahlstellen, umgehend Bestellungen zu machen, damit wir die Marken bis zum 1. Juni senden können. Bei den Bestellungen ist besonders anzugeben, ob der Verbandsbeitrag und der Beitrag für den Unterstützungs-fonds in einer einheitlichen oder in zwei Marken erhoben werden soll.

In allen Fällen, wo dieses nicht besonders mitgeteilt ist oder bis 1. Juni Markenbestellungen nicht gemacht sind, senden wir ohne Bestellung für beide Beiträge eine Einheitsmarke.

Nebrigens empfehlen wir den Zahlstellen die Einführung der Einheitsmarke, indem dadurch die Verwaltungsgeschäfte wesentlich erleichtert werden.

Das Protokoll.

über die Verhandlungen des Verbandstages soll gedruckt und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden. Der Preis richtet sich nach der Auflage; er wird aber jedenfalls 20 $\frac{1}{2}$ nicht überschreiten. Die Zahlstellen werden ersucht, umgehend Bestellungen zu machen.

Vom Vorstande bestätigt.

sind die neu gewählten Verwaltungsbekannteten der Zahlstellen Verdienstgaben, Großballhaus und Wornis.

Ausgeschlossen.

auf Grund § 15 Absatz a und b des Statuts von der Zahlstelle Duedniburg: Friedrich König (Buch-Nr. 018 078); Groß-Biegenert: Albert Drigel (Buch-Nr. 069 517), Karl Dreblow

(Buch-Nr. 059 520), August Wendorf (Buch-Nr. 76 221), Albert Bandlow (Buch-Nr. 059 523), Edward Bruch (Buch-Nr. 059 519); vom Vorstande: Richard Lohse in Leipzig (Buch-Nr. 166 863), Richard Fischer in L.-Sindbau (Buch-Nr. 113 381).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Liste (Buch-Nr. 117 265) und Paul Seum (Buch-Nr. 27 040).

Um Angabe ihrer Adresse

werden erucht die Kollegen Heinrich Hansen (Buch-Nr. 063 227), Richard Kemmt (Buch-Nr. 88 215), W. Feldhusen (Buch-Nr. 042 596) und Georg Oldenburg (Buch-Nr. 074 032).

Der Vorstandsvorstand.

In der Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1901 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der britischen Verwaltung in Spinnmünde M. 78,29, Beiterberg 44,25, Gebeke 19,20, Sechshelm 187,40, Neuhardenberg 80, Lindow i. d. Mark 70,85, Arnstadi 60,91, Schaafheim 56,60, Teichendorf 53,53, Stroßdorf 48,88, Grafau 5, Magdeburg 42,85, Göttingen 40, Jüchard 34,77, Welle 31,32, Nienburg a. d. Weiser 27,52, Gr.-Wöckern 27,50, Horn 25,32, Hof a. d. Saale 25,30, Rosenthal 22,24, Gr.-Wallhausen 20,20, Friedrichroda 20,20, Schwepnitz a. d. Elster 16,05, Sommerda i. Thür. 7,88, Altenbunslar 3,40, Thale a. Harz 2,52, Neu-Huppen 316,95, Frankfurt a. Main 246,80, Staßfurt 161,90, Königberg i. Pr. 128,60, Rottbun 77,10, Dübau 57,90, Enßheim 54,20, Breech 48, Mippes 6, Köln 47,40, Wesse 41,92, Kremmer 39,60, Mühlheim a. Main 34,10, Schilbesee 32,75, Worms 32,72, Frankenthal 30,57, Dießenbach 30,20, Marktgraspeise 29,81, Weinburg i. Schwarzwald 28,05, Birna

27,57, Schwerin a. d. Warthe 27,52, Lübbenu 27,44, Rupperts- hain 27,20, Steinrichbad 28, Gr.-Städt 22,74, Steinendort 22, Walfenwiesbad 21,29, Schönewalde 20,04, Dietrich 16, Gräfenhain 14,82, Gräfenhainichen 14,60, Blumenthal i. Pom. 14,40, Gellwien 12,32, Dienheim 5, Oppenheim 11,30, Werbau i. Sachl. 10,78, Erbing 4,80, Bamberg 4,10, Marcin i. M. 2,05, Breslau 10,50, Sersberg 49,37, Zeitz 39,62, Osterburg 36,68, Nordenham 17, Ratowitz 13,60, Voigtsberg a. d. Elbe 7,43, Kreuznach 80,65, Grottkow 40,68, Landsberg a. d. Mark 18,65, Heuchelheim 12,24, Segeberg 6,80, Bromberg 241, Erfurt 100, Hensburg 50, Breslau 600, Spandau 100, Gützin 60, Gr.-Kreuz 16, Rützenburg 26, Leipzig 800, Freitalbau, Bez. Biegnitz 7,50, Badr i. Baden 4, Kiel 400, Altona 289,20, Elmshorn 130,10, Egeln 70, Halle a. d. S. 675,65, Heiden- dorf 64,68, Königs-Lutter 44,71, Elsterberg 40,75, Gießen 39,44, Ronstanz 27,80, Henningsdorf i. d. M. 17,25, Greifenhagen 16,15, Alch 14,24, Malchow 13,20, Griesheim a. M. 10, Namfisch 5, Wiest. 2,88. Summa M. 7000,15.

Streifkassen.

Spinnmünde M. 22,21, Lindow i. d. Mark 7,40, Arnstadi 21,12, Teichendorf 1,52, Grafau 5, Magdeb. 35,45, Göttingen 1,88, Welle 7,76, Horn 29,68, Hof a. d. Saale 4,72, Kolbe- mühl 1,92, Thale i. Harz 2,48, Hensburg 50, Kiel 250, Dors- munde 129,71, Samin i. B. 8,88, Neu-Ruppin 135,60, Staß- furt 58,40, Rottbun 373,44, Dübau 10,00, Breech 13, Mippes 6, Köln 20,64, Kremmer 5,60, Schilbesee 4,20, Worms 12,88, Marktgraspeise 2,93, Birna 3,64, Schwerin a. d. Warthe 9,44, Lübbenu 4,56, Schönewalde 3,72, Blumenthal i. Pom. 16,32, Dienheim 5, Dypenitz 2, Kambrecht — 90, Marcin i. M. 4, Grafau 189,50, Spandau 100, Gützin 40, Zeitz 10,56, Oster- burg 6,96, Rützenburg 15, Nordenham — 64, Kreuznach 32,90, Grottkow 7,92, Segeberg 7,50, Bromberg 216,24, Hennigs- dorf i. d. M. 9,16, Greifenhagen 7,52, Malchow 4,40, Wöln 49,60, Altona 159,36, Elmshorn 33,20, Egeln 30. Summa M. 2167,46.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“. Mittelf. — 50, Frankfurt a. M. 84,50. Summa M. 85. Für Broschüre „Die Augsburger Prozesse“. Mittelf. M. — 30, Dübau — 30, Frankfurt a. M. — 30. Summa M. — 90.

Für Broschüre: „Was wir wollen“. Vertriebsbogen M. 1, Altona — 10, Frankfurt a. M. 1,20. Summa M. 2,30.

Die Zustellstellen-Kassier resp. Einsender von Geldern werden erucht, auf den Poststücken genau anzugeben, wofür das ein- geschickte Geld bestimmt ist. Hamburg, den 6. Mai 1901.

F. Hüfer, Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 28. April bis 4. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Hamburg M. 500, Rüdow 400, Beitz i. d. M. 860, Stettin 800, Königs- berg i. Pr. 200, Herzleben 150, Gr.-Wöckern 100, Liffit 100, Hothof 100, Welle 76, Kremmer 51,78. Summa M. 2827,78. Zustüsse erhielten: Berlin M. 2000, Stuttgart 200, Lutter a. Elbe 150, Gr.-Wöckern 130, Dresden-Striepen 100, Badr (Baden) 100, Siebelsbrunn 100, Heilbronn 100, Sippolts- weiler 100. Summa M. 2970.

Die Aufsichtskasse ist jetzt: Ed. Müggenburg, Hamburg-Hohenfelde, Müggendamm 37. Altona, den 4. Mai 1901. Karl Reich, Hauptkassier, Friedrichsbadstr. 28.

Bereitsungen.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. - Die Zeile kostet 15 A.) Eichhoff. Am 1. Mai starb unser treuer Verbandskollege, der Maurer Wilhelm Köhn, im 60. Lebensjahre. Griesenheim. Am 28. April starb unser treuer Verbandskollege Peter Schmelzer im Alter von 83 Jahren. Griesenheim a. M. Am 25. April verstarb unser treuer Verbandskollege Karl Nukel im Alter von 81 Jahren und Ludwig Wilhelm im Alter von 19 Jahren infolge der furchtbaren Katastrophe in der chemischen Fabrik Griesenheim a. M. Goltstein. Am 2. Mai starb nach längerem Leiden unser Verbandskollege Karl Zilian im Alter von 37 Jahren. Biffa. Am 30. April verstarb unser Verbandskollege Rudolf Gerzig im Alter von 20 Jahren. Osterfeld. Am 27. April starb nach längerem Leiden unser treuer Mitglied Ernst Schenker in Gerdorf im Alter von 57 Jahren. In ihm verlieren wir ein treues Mitglied. Steinach. Am 11. März starb unser Kollege Friedrich Eichhorn im Alter von 50 Jahren. Wölkitz. Am Freitag, den 26. April, verstarb unser treuer Verbandskollege und Kassier Wilhelm Brand im 43. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der im Gründungstage der jeweiligen Nummer des Grundstein folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 3 Zeilen nicht überschreitet darf, beträgt 20 A. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingekauft werden.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Planla b. Rathbor. Ad. Sonnabend Mitgliederversammlung bei Bubas, Gr. Vorstadt 28. Beiträge werden an dies. Tagen entgegen genommen. Sonntag, 12. Mai: Born. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal. Tagesordnung sehr wichtig, daher Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Nachmittags 2 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal. Die Mitglieder werden erucht, vollständig zu erscheinen. In Z.-O. sehr wichtig. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Frau. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Storkow. Ad. 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Ginge. Alle Kollegen müssen erscheinen. Wörder a. d. H. Ad. 4 Uhr Mitgliederversammlung im Martin's Lokal. Zahlreicher Besuch ist notwendig. Dienstag, 14. Mai: Gera. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Z.-O.: Bericht vom Verbandsrat. Wahl eines zweiten Bevollmächtigten, Vergütungen und Bericht. Liegnitz. Verbandslokal. Am sonntäglichen und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Ruhla. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Wente (Gde). Bericht vom Verbandsrat. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Donnerstag, 16. Mai: Nürnberg. Vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung im „Silbernen Löwen“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Sonnabend, 18. Mai: Aken. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der päpstlich ertheilten. Sonntag, 19. Mai: Zielenzig. Nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Am sonntäglichen und pünktliches Erscheinen wird erucht. Dienstag, 21. Mai: Allenburg. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im „Adler“. Wichtige Tagesordnung, daher das Erscheinen eines jeden Mitgliedes notwendig. Sonntag, 26. Mai: Hintersee. Nachm. 3 Uhr in Götzh. Zum Essen in Hintersee. Die Baumunternehmer sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Bekanntmachung. Die Zahlstelle Bremerhaven erucht vom 1. Juni d. J. an pro Woche 45 A Beitrag. Der neu gewählte Kassier, H. Hoffmann, wohnt Mühlenstr. 7, part. [1,80]

Uelzen. Unser Verbandslokal befindet sich von jetzt an beim Herrn Gastwirt Seelmeier, Alneburgerstraße. [1,50]

Derenburg. Die Beleibigung, die ich am 16. März gegen meine Kollegen ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. [1,80] Wilh. Hoyer, Maurer.

Altenburg. Sonntag, den 19. Mai, findet unser diesjähriges * Stiftungsfest * statt, bestehend in Konzert und Ball. Die Kollegen und deren Angehörige, sowie die Kollegen aus den umliegenden Zahlstellen sind hierdurch freundlichst eingeladen. Anfang Nachmittags 3 Uhr. [3,60] Die örtliche Verwaltung.

Geschäftsanzeigen. Praktisch für Maurer und Bauarbeiter! Ein Probeversuch sehr empfehlenswert. W. J. Langer, Leubsdorf i. S., empfiehlt sich bestens zur Lieferung seiner bewährten Double-Bederhosen als Spezialität eigener Fabrikation, in silbergrau, schneeweiß und dunkelbraun, ohne Appretur, weich wie Sammet, mit Prima-Würm doppelt genäht, mit praktischer Schmiegetasche und Seitentaschen (bei Nacht nachzulassen) aus Lederstoff. 1. Qualität, mit Dreihörnchen-Steck 200 Schuß pro Zoll gegeben, 1.50 netto 24 Pf. schwer, nur M. 5. 2. Qualität mit Zweihörnchen 167 Schuß pro Zoll, 1.50 netto 2 Pf. schwer, nur M. 4,50, frei in's Haus gegen Nachnahme. Angabe der Schriftlänge und Bundweite in cm genügt als Maß zum tabelloser Stk. Kein Risiko. Nur gute Bedienung.

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 22 Jahren f. Laufende Kassen u. Vereine Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bilder. Fraktionsbild der sozial. Partei 1898. Illustrierte Preislisten gratis und franco.

J. Blume & Co., Hamburg. Täglicher Versand unserer bekannten, echt engl.-lebernen und Manchester- Arbeits-Artikel. EINGETRAGENE SCHUTZ-MARKE. Isländer und Jacken. Muster und Freishourant gratis. J. Blume & Co., Hamburg.

Quittungsmarken, Lokalfonds, Strolchfondsmarken, Quittungs-, Kontrollkarten, Sammlerlisten sowie alle Druckarbeiten liefert sauber und preiswert Conrad Müller, Schöneberg-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis.

Kollegen Deutschlands! Koländer, prima, 2 1/2 Scher, M. 6. Echtes Hamburger Lederhosen I. M. 6,50, II (2 1/2 Scher) M. 4,80, III M. 3,20 porto frei. Streng reell. Nicht Gefallenbes neime retour. Muster und Preislisten gratis. Kollege Kohnfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

M. Mosberg's weltberühmte Arbeits-Garderoben. M. Mosberg's Arbeitergarderoben mit der Schutzmarke sind unerreich! Auerkaut beste und schnellste Bedienung. Um die allein echten, weltberühmten Fabrikate zu erhalten, adresse man: M. Mosberg, Bielefeld.

Nur noch kurze Zeit! Praktische Maurer vom Kol. Univers.-Baupf. u. Prof. Dr. C. A. Wenzel, 584 Seiten stark mit 793 Abbildungen und dem 60 Blatt enthaltenden Fassaden-Album als Gratiszugabe für M. 15 geliefert werden, es tritt sodann zugleich mit einer Veränderung in der Beilage (das Fassaden-Album fällt weg) allein der Preis von M. 18 ein. Jedoch garantiert die unterzeichnete Buchhandlung auf alle sofort nach dem heutigen Angebot ausgegebenen Bestellungen noch die Lieferung des anerkannt vorzüglichen Wertes zu dem geringen Preise von Mk. 15, zahlbar per Nachnahme mit 5 pSt. Rabatt oder in Teilzahlung dieser Offerte im Weiteren von den Verhältnissen ab. Versandbuchhandlung v. Arthur Gasch, Leipzig, Auerbach's Hof. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.